Rezensionen = Recensions = Recensioni

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **71 (2021)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Prisca Roth, **Korporativ denken, genossenschaftlich organisieren, feudal handeln. Die Gemeinden und ihre Praktiken im Bergell des 14.–16. Jahrhunderts**, Zürich: Chronos, 2018, 428 Seiten, 11 Abbildungen und 24 Seiten, Illustration von Jon Bischoff.

Soviel vorneweg: Wer sich für die Geschichte von lokalen / kommunalen Organisationsformen interessiert, ist mit diesem Buch bestens bedient. Prisca Roth legt eine dichte, vielschichtige und aufschlussreiche Studie zu den Bergeller Gemeinden im ausgehenden Mittelalter vor, in der sie die Kommunen als Akteurinnen in einem über das Bündner Südtal hinausreichenden institutionellen Gefüge untersucht. Die Zürcher Dissertation beruht auf umfangreichen Arbeiten in verschiedenen Archiven.

Spätmittelalterliche Gemeinden, diese im 19. und 20. Jahrhundert als «Urzellen der Demokratie» symbolisch aufgeladenen Gebilde als Akteurinnen zu untersuchen heisst, sie als Kollektive zu abstrahieren, die sich gegenüber einander und gegenüber weiteren Institutionen (im vorliegenden Fall u.a. dem Bischof von Chur und den lombardischen Städten Chiavenna und Como) behaupten mussten und gleichzeitig in vielerlei Abhängigkeiten zu ihnen standen. In Roths Darstellung, die auf der präzisen Lektüre von Notariatsakten, Urkunden und Dorfstatuten fusst, kommen die Partikularinteressen innerhalb dieser Gebilde zwar deutlich zum Vorschein – insbesondere jene der lokalen Eliten – und es zeigt sich einmal mehr, dass das kollektive Handeln nicht vor dem Hintergrund einer wie auch immer gearteten Gleichheit erfolgte, sondern vielmehr darauf abzielte, das grosse interne Konfliktpotenzial angesichts sozio-ökonomischer Differenzen, einer unstabilen Versorgungslage und gleichzeitig sich etablierender überregionaler Märkte, bewältigbar zu halten. Die Autorin kommt mehrmals auf die inneren Unterschiede zu sprechen, u.a. auf den Aufstieg von Geschlechtern aus dem Tal wie der Castelmur oder Salis. Auch Konfliktverläufe werden beschrieben. Damit erhalten die Gemeinden und die Talschaft Konturen als soziale Gefüge. Roth lässt sich aber nicht von den Geschichten einzelner Figuren oder Familien ablenken, sondern behält ihren Blick auf den Verbänden als analytische Einheit. Dabei zeigt sich: Je nach Problemlage war Konsens nach aussen oder Konflikt nach innen angesagt.

Dass Roth das ganze Tal in den Blick nimmt, ist ein Glücksfall, denn damit erschliesst sich ihr und den LeserInnen die Heterogenität des institutionellen Regimes. Nicht jede Siedlung hatte dasselbe politische Gewicht. Da waren die beiden «Grossgemeinden» Sopraporta und Sottoporta mit Soglio und Vicosoprano als jeweilige politische Zentren. Daneben existierten weitere räumliche und politische Einheiten, deren rechtlicher Status aufgrund der uneindeutigen Terminologie in den Dokumenten allerdings oft schwierig festzustellen ist. Roth unterscheidet aufgrund der Quellen zwischen Nachbarschaften (*vicinitas*) und Gemeinden (*communis*) und beschreibt die Handlungsspielräume dieser einzelnen Zusammenschlüsse, wobei sie auch Spezifika einzelner Dörfer herausschält. Auffallend ist, dass jene Nachbarschaften und Gemeinden, die keine eigenen Alpen besassen, auch keine Bestrebungen nach politischer Eigenständigkeit (z.B. bei Wahlen oder bezüglich Gerichtsstandorten) an den Tag legten. Territorium, Ökonomie und Politik standen also in engem Wechselspiel. Mehrfach stellt Roth denn auch den Zusammenhang zur Commons-Forschung her.

Das Eingebundensein in überregionale politische Zusammenhänge wird ebenfalls sorgfältig herausgearbeitet. So zum Beispiel die Integration in Transportnetze mit europäischer Ausdehnung, die für die Geschichte des Tals zentral war – sowohl bezüglich Aufwand (z. B. Unterhalt der Maloja-Passstrasse) als auch bezüglich Ertrag (z. B. Niederlassung reicher Kaufleute).

Die Autorin umkreist ihren Forschungsgegenstand, beleuchtet die Gemeinden von verschiedenen Seiten und stösst dabei auf eine Vielzahl von Handlungsstrategien, die im Buchtitel ihren Niederschlag finden. Ressourcennutzung und weitere Reglementierungen des wirtschaftlichen Lebens, politische Organisationsformen, die Funktion der Kirche sowie die Frage nach sozialer Zugehörigkeit und Ausgrenzung sind die Hauptthemen ihrer Auseinandersetzung. Zu jedem Bereich nimmt sie Bezug zum alpinen Umland und zu Konzepten und Theorien aus verschiedenen Disziplinen, die sie anhand der Quellen prüft. In manchen Fällen drängt die Empirie dann eine Modifizierung der Modelle oder historiographischen Hypothesen auf. Besonders in Erinnerung bleibt die zunächst abstrakte und etwas sperrige, dann aber umso interessantere Auseinandersetzung mit dem Problembereich Inklusion / Exklusion, wo sie Niklas Luhmanns Systemtheorie als Ausgangspunkt wählt und seine Ansätze nutzt, um zu erläutern, dass das Bürgerrecht der Bergeller Gemeinden nicht eine fixe Linie zwischen Ausschluss und Zugehörigkeit markierte, sondern als Bereich gehandhabt wurde, der verschiedene Optionen von Integration bereithielt.

Am Schluss bleibt das Bild von mittelalterlichen Gemeinden als Beziehungsrahmen, die die Interaktionen zwischen denjenigen regulierten, die ihnen in unterschiedlicher Weise zugehörten. Regulieren und Verwalten erweisen sich als Kernanliegen und eigentliche Daseinsberechtigung dieser Gemeinden. Unschwer zu erkennen, dass sich diese Gebilde den juristisch-politischen Zuschreibungen des 19./20. Jahrhunderts weitgehend entziehen. Kondensiert werden die Ergebnisse der Studie in der von Jon Bischoff illustrierten Bildergeschichte «Ein Tag im Leben von Fredericus Salis». Es ist eine mutige und lohnende Entscheidung von Prisca Roth, ihre Resultate in dieser Alltagsbeschreibung visuell-sinnlich darstellen zu lassen. Die Komplexität und der hohe Ambivalenzgrad ihres Forschungsgegenstands erschliessen sich so auf einer Ebene, die dem rein sprachlichen Zugang verschlossen bleibt.

Rahel Wunderli, Möriken

Andrea Caracausi, Nicoletta Rolla, Marco Schnyder (éds.), **Travail et mobilité en Europe. XVIe–XIXe siècles**, Villeneuve d'Ascq: Septentrion Presses Universitaires, 2018, 268 pages, 17 illustrations.

In the past two decades, labour and mobility have become major analytical paradigms in the humanities and the social sciences. They now occupy a strategic position in scholarly debates that focus particularly on the structure of the labour market in global economies and the increase of migration flows across the world. The historical analysis of these transformations has led to insightful perspectives. Historians, anthropologists, geographers, and social scientists have challenged the assumption that major shifts in labour relations in global labour markets – such as labour precariousness and flexibility – have emerged with the rise of the «post-industrial» society and «neoliberal globalisation» in the second half of the twentieth century. Historians of migration have also shifted the scope of their analysis from late-nineteenth and early-twentieth century transatlantic migrations to migratory movements in previous epochs of human history. This approach

has significantly reconceptualized the historical dimension of migrations, including by defining labour mobility as a resource rather than a necessity.

The book *Travail et mobilité en Europe. XVIe–XIXe siècles* offers useful insights into these research strategies. The main intent of the book is to reconsider mobility and labour in light of the social and economic frameworks of preindustrial societies and to explore both as resources at the disposal of different historical actors. To this purpose, the nine essays that comprise the volume shed light on different labour contexts that incorporate various features of spatial and professional mobility. The focus is mostly on rural and urban labour markets in north-western Italy, France, and the Mediterranean. They also address Alpine migrations, and mobility patterns in commodity chains in Spain and Italy.

The exhaustive source-based analysis in each case study gives insight into the intensity of spatial and professional mobility in preindustrial Europe. The major contribution of the volume is to reappraise a long-established approach that linked regulated and (mostly) legal work to professional and geographical stability. The essays by Beatrice Zucca Micheletto, Aurélien Gras, Marco Schnyder, Francesca Chiesi Ermotti, and Richard Flamein explore the variety of ways through which the labour experience and economic viability of diverse members of early modern society – artisans, labourers, families, merchants – was based on preserving chances to migrate. To do so, early modern workers adopted various forms of individual and network-based strategies. For example, Swiss and Grisons migrants engaged in intermediary forms of spatial mobility and social integration – called «voluntary imperfect integration» here – up until the last decades of the eighteenth century. Both spatial and professional mobility reflected labourers' strategies in early modern urban agglomerations. Zucca Micheletto, for example, examines how pluriactivity became a resource for many urban workers particularly to avert labour precariousness and economic uncertainty.

The skills and abilities of workers significantly influenced the opportunities migrants had to participate in the labour market abroad. From wool weavers and carders in sixteenth- and seventeenth-century Huéscar and Padova (Andrea Caracausi & Rafael M. Giron-Pascual) to the Parisian bankers in eighteenth-century France (Richard Flamein), the authors investigate to what extent skills could be used as bargaining chips to aid in social and economic integration. Some case studies do not much investigate the impact of migrants' skills on the social and economic transformations of local manufacture, but others demonstrate how migrant workers and merchant-entrepreneurs used not just their skills and craftsmanship to access the labour market but also their reputation (Romain Grancher), their social prestige (Francesca Chiesi Ermotti), and their ability to build social relations (Aurélien Gras).

The authors also provide insight into the recent debate on the role of economic institutions in fostering and regulating labour mobility in the early modern period. On the one hand, they reappraise the role of the state by analysing the multi-layered migration policies shaped by intermediary actors, including merchant-entrepreneurs, ambassadors, and local authorities. It underscores the fact that state action was based on economic and social necessities, including safeguarding local employment, regulating the legal and financial situations of migrants, and trying to curb vagrancy, rather than on consolidated and uniform policies about labour mobility. On the other hand, the book contributions challenge the idea that work in urban agglomerations was performed exclusively in guilds or other forms of organized trade. By moving beyond the dichotomy of legal and illegal work, the essays demonstrate the importance of labour performed outside the control of

institutions in early modern societies (Zucca Micheletto; Aurélien Gras). In her essay on the building trades in eighteenth-century Piedmont, Nicoletta Rolla also shows how the degree of worker mobility was imbricated with devotional ceremonies carried out by guilds and brotherhoods, reflecting workers' opposition to employer control over their spatial mobility.

Still, both policy makers and employers had a common strategic interest: to synchronize the availability of the workforce with production needs. In order to do so, merchant-entrepreneurs, guilds, and brotherhoods used social and economic instruments including higher wages, health-care benefits, and employment contracts to bind migrant workers to specific activities (Andrea Caracausi & Rafael M. Giron-Pasqual). In some cases, wages were paid after the end of the employment period and, combined with oral and ambiguous employment contracts, reflected the entrepreneurs' efforts to control workers' mobility (Nicoletta Rolla). However, few of the essays investigate the structure(s) of wages in the various labour contexts. Overall, one gains useful insights into the intertwined relations between policy makers' efforts to immobilize the workforce and the degree of autonomy workers sought to obtain in specific labour relations.

Travail et mobilité en Europe XVIe–XIXe siècles offers intriguing perspectives for understanding labour mobility in the early modern period. By adopting innovative methodological approaches, the volume enriches our understanding of specific mobility patterns in preindustrial Europe, using wide-ranging historical analyses, in diverse labour contexts, that are based on substantial archival sources. One can only hope that it will find many readers beyond the French-speaking readership.

Gabriele Marcon, Florence

Carlo Moos, **Das «andere» Risorgimento. Der Mailänder Demokrat Carlo Cattaneo im Schweizer Exil 1848–1869**, Zürich: LIT, 2020 (Zürcher Italienstudien, Bd. 4), 574 Seiten.

Was unternahm Carlo Cattaneo während den zwei Jahrzehnten seines Tessiner Exils und wie beeinflusste er dabei die Geschichte des Kantons sowie diejenige der Schweiz? Diese Frage verfolgte Carlo Moos in seiner 1992 erschienen Habilitationsschrift *L'«altro» Risorgimento.*[1] Dabei ging es ihm vor allem darum, den letzten Lebensabschnitt des streitbaren Staatsdenkers in der Schweiz der italienischen Geschichtsschreibung näher zu bringen. 28 Jahre später liegt nun die deutsche Übersetzung der Monografie vor, mit welcher Cattaneo auch der hiesigen Leserschaft bekannt werden soll. Die Neuauflage des Buches präsentiert sich allerdings nicht nur in einer anderen Sprache, sondern ist anhand kürzlich editierter Quellen nochmals gründlich überarbeitet worden (S. 4).

Nachdem Moos einleitend unterschiedliche Lesarten des *Risorgimentos* vorstellt und bespricht, handelt er in acht weiteren Kapiteln gleich mehrere, komplexe Fragen um Cattaneo ab. Erstens wird das staatstheoretische Denken des aus Mailand stammenden, radikal föderalistisch und basisdemokratisch ausgerichteten Cattaneos vor dem Hintergrund seiner Biographie vorgestellt. Zweitens werden dessen Überzeugungen, die angesichts des 1861 gegründeten italienischen Nationalstaats indes nie realisiert wurden, mit denjenigen seiner politischen Kontrahenten verglichen. Besonders dem wechselhaften Verhältnis Cattaneos zu Giuseppe Mazzini und Camillo Benso Cavour widmet Moos dabei tiefgründige, quellengesättigte Analysen. Drittens fragt der Autor nach dem Wirken des lombardischen Exilanten im Tessin, wo er sich nach 1848 bis zu seinem Tod von 1869 freiwillig niederge-

1 Carlo Moos, L'«altro» Risorgimento. L'ultimo Cattaneo tra Italia e Svizzera, Milano 1992.

lassen hatte. Die Leser*innen erfahren somit, wie sich Cattaneo von der Schweiz aus nicht nur weiterhin politisch für Italien engagierte, sondern ebenso als Gymnasiallehrer und späterer Vordenker der Gotthardbahn im damals noch jungen Bundesstaat meinungsbildend wirkte. Schliesslich fand Cattaneo in der föderalistischen Eidgenossenschaft vielmehr eine politische Heimat als in der konstitutionellen Monarchie der Apenninhalbinsel, deren Verfassung ihn zeit seines Lebens enttäuschte.

Die Ursache, weshalb Cattaneo hinter den italienischen Staatsgründern seiner Zeit zurückstand und sich daher kaum mit seinen Ansichten durchsetzen konnte, erkennt Moos einerseits darin, dass der umtriebige Mailänder nie das öffentliche Rampenlicht suchte. Cattaneo erscheint somit rückblickend weder als ein kämpferischer Sozialrevolutionär noch als ein Befürworter der impulsiven, politischen Aktion. Vielmehr spricht aus seinen Schriften ein bedachter Idealist, der seine Mitbürger*innen über Bildung und wohlüberlegte, basisdemokratische Strukturänderungen zu einer tiefgreifenden Staatsreform hinführen wollte (S. 543–550). In den turbulenten Jahren des *Risorgimentos* erhielt Cattaneos daher schlussendlich keine wirkungsvolle Stimme, obschon er sich mit seinen politischen Weggefährten auf so manche hitzige Diskussion einliess (S. 550–556). Andererseits zieht Moos aber auch den Schluss, dass das von Cattaneo vertretene «andere» *Risorgimento* angesichts der um 1860 in Europa vorherrschenden, politischen Grosswetterlage ohnehin keine Akzeptanz gefunden hätte (S. 557).

Moos' Buch überzeugt dank einer ausgesprochen profunden Quellenkenntnis, die von einer beeindruckenden Dokumentensammlung ausgeht. Für versierte sowie angehende *Risorgimento*-Forscher*innen liegt ein reichhaltiger Quellenfundus vor, der sich ideal für weiterführende Studien eignet. Ebenso begrüssenswert ist der mit Moos' Buch einhergehende Aufruf an die derzeitige Schweizer Geschichtswissenschaft, sich im Sinne einer Verflechtungsgeschichte vermehrt mit dem südlichen Nachbar auseinanderzusetzen. Beispielsweise geht Moos in einem Unterkapitel kurz darauf ein, weshalb Cattaneo den im ausgehenden 19. Jahrhundert mitunter im Tessin verbreiteten Irredentismus ablehnte (S. 357–363); womit er eine italienisch-nationalistische Bewegung anspricht, die von der Schweizer Geschichtsschreibung bislang relativ wenig beachtet worden ist.[2]

Hingegen wird nirgends ein methodischer Anschluss an die derzeit umso verbreitetere, transnationale Historiographie gesucht:[3] Inwiefern das *Risorgimento* und dessen Protagonisten Einfluss auf ihr nördliches Nachbarland ausübten und wie dieses im Gegenzug von Letzteren wahrgenommen wurde, würde hierfür eigentlich aussagekräftiges Anschauungsmaterial liefern. Leider lässt Moos aber solch theoriegeleitete Überlegungen aus. Zu bedauern ist ausserdem, dass er seiner umfangreichen Arbeit kein Literaturverzeichnis beigefügt hat. Der Forschungsstand, von dem seine Studien in den Achtzigerjahren ausgingen, erschliesst sich daher nur schwer. Überdies wurde die seit der italienischen Erstveröffentlichung erschienene Forschungsliteratur nur marginal berücksichtigt (S. 5). Ferner erschweren die zahlreichen unübersetzten, italienischen Zitate einer ausschliesslich deutschsprachigen Leserschaft wohl leider eine eingehende Lektüre. Die Quelleninterpretation liesse sich mithilfe von zusätzlichen, historischen Kontextangaben stellenweise ebenfalls einfacher nachvollziehen. Abgesehen davon bietet Moos aber aufschlussreiche Einblicke in das Leben und Wirken Cattaneos in Italien und im Tessin: Einmal mehr

2 Ferdinando Crespi, Ticino irredento. La frontiera contesa: dalla battaglia culturale dell'«Adula» ai piani d'invasione, Milano 2004.

3 Nathalie Büsser, u. a. (Hg.), Transnationale Geschichte der Schweiz. Histoire transnationale de la Suisse, Zürich 2020.

zeigt sich die feinmaschige, historische Verflochtenheit der Schweiz mit ihren Nachbarländern.

Sebastian De Pretto, Altdorf

Silke Margherita Redolfi, **Die verlorenen Töchter. Der Verlust des Schweizer Bürgerrechts bei der Heirat eines Ausländers. Rechtliche Situation und Lebensalltag ausgebürgerter Schweizerinnen bis 1952,** Zürich: Chronos, 2019, 456 Seiten, 9 Abbildungen.

Mehr als 85'000 Schweizerinnen verloren zwischen 1885 und 1965 aufgrund der sogenannten Heiratsregel das Schweizer Bürgerrecht. Wie es dazu kam und welche Folgen der Verlust des Schweizer Bürgerrechts bei der Heirat eines Ausländers für die betroffenen Frauen hatte, untersucht Silke Margherita Redolfi in ihrer engagierten Basler Dissertation. Dabei stehen die Schicksale der Betroffenen im Zentrum. Die Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bilden sowohl methodischen Zugang als auch inhaltliche Basis ihrer Forschung, die die Autorin in Anlehnung an Marc Blochs *Apologie der Geschichtswissenschaft* als «Beitrag zu einer Wissenschaft, die das Experiment wagt» (S. 20), versteht. Ein Experiment, das Redolfi im Grossen und Ganzen geglückt ist.

Die Autorin beschreibt die Geschichte des weiblichen Bürgerrechts in der Schweiz seit dem ausgehenden 19. bzw. beginnenden 20. Jahrhundert bis zur Wiedereinbürgerungsaktion von 1953 in drei Teilen. Als theoretischen Zugang wählt Redolfi Niklas Luhmanns Systemtheorie, in der gesellschaftliche Veränderung als eine Verschiebung der «Sinngrenze» zwischen Umwelt und System artikuliert wird. Das gewandelte Verständnis weiblicher Staatsbürgerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ist dabei das Ergebnis erfolgreicher Intervention der Umwelt (Frauenverbände, Politiker und Juristen) in die Systeme des Rechts und der Behörden.

Von den 21 unterschiedlich langen Kapiteln fungieren fünf als Exkurse mit episodenhaftem Charakter. Im ersten Teil widmet sich Redolfi der Beziehung von Schweizer Bürgerinnen zu Staat und Recht. Besondere Aufmerksamkeit schenkt sie dabei der Entwicklung der Heiratsratsregel, die sich bereits im 19. Jahrhundert als Gewohnheitsrecht etabliert hatte und erst vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs durch den notrechtlichen Bundesratsbeschluss von 1941 verschriftlicht, verschärft und in den Dienst der «geistigen Landesverteidigung» gestellt wurde. Der Beginn des ordentlichen legislatorischen Entstehungs- und Diskussionsprozesses, der sich mit der Rechtmässigkeit der Heiratsregel auseinandersetzte, verortet Redolfi im Jahr 1952 mit der Revision des Bürgerrechtsgesetzes. Ihre Darstellung des juristischen Diskurses zeigt eindrücklich auf, wie eine zutiefst patriarchale Familien- und Staatsvorstellung das Denken zeitgenössischer Rechtsgelehrter und Beamter wie Walter Burckhardt (1971–1939) oder Max Ruth (1877–1967) prägte. Frauen wurde keine bürgerrechtliche Eigenständigkeit zuerkannt und ihre Anbindung zum Staat stand in völliger Abhängigkeit vom Ehemann.

Was diese defizitäre Definition des Staatsbürgerrechts im Alltag von Betroffenen bedeutete, insbesondere während des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, thematisiert Redolfi im zweiten Teil ihrer Dissertation. Quellengrundlage bilden 24 Interviews, welche die Autorin zwischen 2005 und 2010 mit Direktbetroffenen und Kindern von Müttern, die das Schweizer Bürgerrecht verloren hatten, geführt hat. Ergänzt und verdichtet werden die Interviews mit Lebensbeschreibungen, Familiengeschichten sowie behördlichen Akten. Dabei analysiert Redolfi drei unterschiedliche Gruppen: Frauen, die nach der Heirat in der Schweiz lebten, frühere Schweizerinnen im Ausland und Jüdinnen schweizerischer Herkunft. Ihre Darstellung zeichnet ein komplexes

Bild der Schweizer Politik und Behördenpraxis im Spannungsfeld der gegensätzlichen Interessen von Bund und Kantonen bzw. Gemeinden und offenbart eine von Ängsten vor jüdischer «Überfremdung» geprägten Bürgerrechtspolitik – mit unterschiedlichen, teilweise tödlichen Folgen für die betroffenen Frauen und deren Kinder, wie Redolfi am Fallbeispiel der Schweizer Jüdin Lea Berr ausführlich darstellt. Berr verlor durch ihre Heirat mit dem Franzosen Ernest Berr das Schweizer Bürgerrecht. Das Ehepaar lebte in Frankreich, als 1942 die Deportationen in die Vernichtungslager einsetzten. Der Verlust des Bürgerrechts führte dazu, dass die Familie keinen diplomatischen Schutz der Schweiz beanspruchen konnte. 1944 wurde Lea Berr zusammen mit ihrem Sohn Alain in Auschwitz ermordet.

Der dritte Teil des Buches handelt schliesslich von der politischen Lobbyarbeit und dem unermüdlichen Engagement der Frauenvereine für die Besserstellung der Schweizerinnen im Bürgerrecht sowie der Wiedereinbürgerungsaktion von 1953. Berichte und Bildreportagen über die Lebenssituation von ehemaligen Schweizerinnen, die als «Fremde im eigenen Land» (S. 386) lebten, sensibilisierten anfangs der 1950er Jahre eine breitere Öffentlichkeit für das bürgerrechtliche System der Schweiz und die frauendiskriminierenden Wirkungen der «Heiratsregel». Diese Dokumentationen weckten grosses mediales Interesse und wurden vom Bund Schweizer Frauenvereine BSF sowie dem Katholischen Frauenverbund SKF gezielt im Kampf um das neue Bürgerrechtsgesetz von 1952 eingesetzt. Als wichtige Brückenbauerin zwischen SKF und BSF und als Schlüsselfigur in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung der sogenannten Optionsregel würdigt Redolfi die katholische St. Galler Juristin und Publizistin Lotti Ruckstuhl (1901–1988). Anhand der Argumentationslinien von Frauenverbänden, Politikern und Juristen sowie Juristinnen zeigt Redolfi auf, wie sich in der Nachkriegszeit eine neue Idee weiblicher Staatsbürgerschaft etablierte, die die Frauen als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft anerkannte und ihre Stellung im Staat verankerte, ohne ihnen allerdings das Frauenstimmrecht oder bürgerrechtliche Gleichstellung zuzugestehen. Mehr als 32'000 frühere Schweizerinnen stellten 1953 einen Antrag auf Wiedereinbürgerung. Ein unbeschränkter Rechtsanspruch bestand allerdings nicht.

Für ihre Dissertation hat Silke Redolfi einen so umfangreichen wie vielfältigen Quellenkorpus bearbeitet. Ihre detaillierte Rekonstruktion der langwierigen politischen Aushandlungen und juristischen Erwägungen in der Frage um das weibliche Bürgerrecht macht die Lektüre trotz sorgsamer Leserinnenführung stellenweise sehr anspruchsvoll. Die Exkurse lenken teilweise vom Hauptnarrativ der Arbeit ab, verweisen aber gleichzeitig auch auf wichtige Forschungsfragen, denen sich die Geschichtswissenschaft in naher Zukunft unbedingt noch annehmen sollte. Ihre zahlreichen Fallbeispiele verdeutlichen die Komplexität dieses dunklen Kapitels der Schweizer Rechtsgeschichte und illustrieren die Differenz zwischen juristischer Theorie und behördlicher Praxis. Dass dabei die betroffenen Personen sowie einzelne Handlungsträger gleichsam zu Wort kommen, ist eine Stärke von Redolfis wissenschaftlicher Arbeit. Mit ihrer geschlechterspezifischen Perspektive auf die Entwicklung der schweizerischen Staatsräson und der Funktion des weiblichen Bürgerrechts im 20. Jahrhundert schliesst Silke Redolfis Dissertation eine klaffende Forschungslücke.

Dominique Lysser, Freiburg i.Ü.

Georges Andrey, **L'histoire de la Suisse pour les nuls**, 3ème édition, Paris: Éditions First, 2020, 586 pages, 8 illustrations.

Les trois éditions de cette histoire de la Suisse affichent un tirage cumulé de plus de 40'000 exemplaires. Beau résultat et preuve que les Suisses se passionnent pour l'histoire de leur pays. L'ouvrage sort dans une collection qui, soit dit en passant, n'est nullement destinée «aux nuls» mais bien plutôt aux amateurs éclairés, aux honnêtes femmes et hommes de notre temps. Et il n'en manque pas, fort heureusement.

L'auteur, servi par une plume élégante, sait rendre compréhensible ce qui peut paraître compliqué pour le profane. Il prend soin de définir de manière claire et précise les termes techniques qu'il emploie, ce que le lecteur, étranger ou peu au fait des institutions du pays, lui saura gré. Mais vulgariser ne signifie pas se contenter de répéter ce que l'on aura glané dans des manuels plus spécialisés, bien au contraire. Georges Andrey met l'accent sur l'histoire politique, une histoire qui se construit dans son contexte européen, au carrefour des trois grandes langues que ce pays partage avec ses voisins. Voilà qui constitue une approche novatrice. Pour lui, la Suisse n'est pas un cas à part; elle est profondément européenne, à commencer par sa géographie. Tout comme l'Europe, la Suisse est à la fois une et diverse.

Aux origines de la Suisse, il y a l'alliance de trois cantons. Mais aussi Guillaume Tell, héros de la liberté en Suisse… et dans le monde. Pour l'auteur, il n'est pas vain de se demander si le personnage appartient à l'histoire ou à la légende. Grosse déception lorsqu'en 1760 le Pacte fondateur est retrouvé à Schwytz. Tell ne figure pas dans le document. Voilà qui ne constitue pourtant pas une preuve de sa non-existence. À ce jour, la seule réponse qui peut être donnée à la question de l'historicité du personnage est: nous ne savons pas. Georges Andrey partage cette position avec Jean-François Bergier, pour qui l'existence de Tell n'est pas invraisemblable. Nos connaissances sur le monde alpin au Moyen Âge progressant, qui sait si Clio ne pourra pas un jour fournir une réponse qui satisfasse notre désir de clore ce dossier.

Georges Andrey innove également en rendant leur place aux femmes, non seulement à celles du XXe siècle mais à celles de temps beaucoup plus anciens. Au XVe siècle, Dorothée de Flüe élèvera seule les dix enfants qu'elle a eus avec Nicolas, lorsque celui-ci se retire du monde et jouera le rôle que l'on sait. Non seulement Dorothée accepte la chose, mais elle soutient son mari. Katharina von Zimmern, dernière abbesse de Zurich, acquise à la Réforme, prône le dialogue et la modération. À Genève, Marie Dentière, épouse du réformateur Antoine Froment, revendique, en 1539, des droits réservés aux hommes. Marie de Nemours (1625–1707), unique souveraine de la principauté de Neuchâtel, résiste aux pressions qui, au nom de la loi salique, visent à l'empêcher de régner; elle sera une souveraine appréciée de ses sujets. Julie Bondeli, Isabelle de Charrière et Anna Barbara Schulthess animent sous les Lumières des salons qui font florès. La Jurassienne Mariane Prudon, dite la Sans-Culotte, n'occulte pas son adhésion au jacobinisme. Marie Goegg-Pouchoulin fonde en 1868 l'Association internationale des femmes à Genève. Margarethe Faas-Hardegger revendique au début du XXe siècle le droit à l'amour libre, à la maternité consentie, à l'avortement légal et aux droits politiques pour les femmes. Enfin Lydia von Auw, théologienne et médiéviste, résistante antifasciste, participe à la résistance intellectuelle qui s'organise en Suisse; elle s'éteint à Morges en 1994. Qui les connait, hormis quelques spécialistes? Leurs héritières ont participé à la grève des femmes du 14 juin 2019.

Georges Andrey fait une place aux soulèvements qui ont lieu avant la naissance de la République helvétique. En 1723, Davel réunit des troupes afin de libérer son pays. Trahi par les siens, plus précisément par les édiles lausannois, il périt sur l'échafaud. Le Jurassien Pierre Péquignat lutte contre la suppression des franchises, voulue par le prince-évêque; il est exécuté en 1740. En 1737, une prise d'armes, menée par la bourgeoisie, a lieu à Genève. En 1755, comme elle l'avait fait en 1646, la Léventine se soulève contre son maître uranais. Aidé de contingents fédéraux, Uri a la main lourde; les franchises sont supprimées et les trois responsables de l'insurrection décapités. En 1767, toujours pour des raisons fiscales, Neuchâtel s'émeut. Le roi de Prusse, sagement, renonce à sa réforme. C'est le seul cas où les protestataires sont satisfaits. En 1781 le Gruérien Nicolas Chenaux, à la tête de 2000 paysans, assaille la ville de Fribourg afin de renverser le régime patricien. En fuite, Chenaux est assassiné par l'un des siens, appâté par la récompense promise à qui le livrerait mort ou vif.

L'auteur met en exergue l'apport de Napoléon Bonaparte et de la France à la naissance de la Suisse moderne, une Suisse plus respectueuse de ses minorités. La «consulta», qui débouche sur l'Acte de médiation, est à l'origine de la Suisse plurilingue; avec l'érection en cantons de Vaud et du Tessin, le français et l'italien deviennent, avec l'allemand, langues de la Confédération, quand bien même l'Acte de médiation est muet à ce sujet. Vision novatrice là aussi et qui n'est pas toujours acceptée dans le landerneau des historiens. Or, qu'on le veuille ou non, la Suisse issue de la Médiation a une dette envers Bonaparte qui lui a apporté paix et stabilité.

Georges Andrey analyse le rôle de la Suisse durant les deux Guerres mondiales, n'occultant ni les zones d'ombre, ni les marques de solidarité dont fit preuve la population. Il clôt son récit sur les dernières élections législatives fédérales marquées par une percée des femmes, des écologistes et des jeunes.

Vulgarisateur Georges Andrey? Oui, mais pas que. Son ouvrage est d'ailleurs utilisé au secondaire supérieur et même dans certains séminaires universitaires.

Jean-Pierre Villard, Lausanne

Johannes Willms, **Der General. Charles de Gaulle und sein Jahrhundert. Biographie**, München: C.H. Beck, 2019, 640 Seiten, 35 Abbildungen.

Ob als Namensträger des Hauptstadtflughafens, eines Flugzeugträgers oder mit in fast allen Dörfern und Städten vorhandenen Strassen «des 18. Juni [1940]» oder «des 25. August [1944]», Charles de Gaulle hat in der Geschichte Frankreichs Spuren hinterlassen – die von ihm begründete Fünfte Republik prägt seit mehr als 60 Jahren die Politik des Landes. Die Hintergründe schildert der Journalist und Frankreichexperte Johannes Willms in seiner gut lesbaren und mit prägnanten de Gaulle-Zitaten bestückten Biografie über «de[n] General». Zwar kann er keine grundstürzend neuen Ergebnisse beisteuern, fasst aber die Grundthemen und die Charaktereigenschaften des Mysteriums de Gaulle anschaulich zusammen und liefert somit ein insgesamt überzeugendes Porträt seines Protagonisten.

Charles de Gaulle wurde 1890 in Lille geboren und wuchs in einem katholisch-konservativen Milieu auf, das der Monarchie nachtrauerte und der Dritten Republik mit Skepsis begegnete. Er schlug eine militärische Laufbahn ein und absolvierte die Offiziersschule. Wie so viele junge Männer auf beiden Seiten der Front wollte er sich im beginnenden Ersten Weltkrieg bewähren. Bei einem von ihm befehligten, «tollkühn[en] und militärisch unsinnig[en]» (S. 23 f.) Sturmangriff Mitte August 1914 wurde er schwer verletzt,

nach längerer Genesungszeit kehrte er an die Front zurück, geriet aber bei Beginn der Verdun-Schlacht Anfang März 1916 in deutsche Kriegsgefangenschaft.

Zu Beginn der 1920er Jahre wurde der Weltkriegsheld Marschall Pétain zu de Gaulles Förderer, später sollten der Protagonist von «Vichy» und der Anführer des «freien Frankreichs» zu erbitterten Rivalen werden. Im Jahr 1940 konnte de Gaulle der militärischen und politischen Niederlage zunächst nur hilflos zusehen, doch wollte er sich mit ihr nicht abfinden und floh nach London. Premierminister Churchill hatte in dem jungen Brigadegeneral zunächst nur einen «nützlichen 'Beifang'» (S. 76) gesehen, aber da sich kein namhafterer Repräsentant fand, wurde de Gaulle zur Stimme des «freien Frankreichs». In seiner berühmten Radioansprache aus London setzte er am 18. Juni 1940 erstmals effektiv das Mittel der politischen Rede ein, das während des Krieges und später als Präsident zu seinem Markenzeichen werden sollte. Anschaulich beschreibt Willms den Kampf de Gaulles um Anerkennung und Selbstbehauptung gegenüber Briten und Amerikanern, mit US-Präsident Roosevelt, der ihn gegenüber Churchill nur als «Primadonna» bezeichnete, verband ihn eine tiefe Abneigung. Umso erstaunlicher und zugleich beeindruckender war es, dass de Gaulle am 25. August 1944 als der allseits anerkannter und umjubelter Repräsentant Frankreichs in Paris einziehen und wirkungsvoll den Mythos von der angeblichen Selbstbefreiung inszenieren konnte.

Der relative frühe Abgang des Generals Anfang 1946, der sich als Befreier des Vaterlandes nicht mit den für die Vierte Republik bald typischen parteipolitischen Querelen herumschlagen wollte, erwies sich laut Willms perspektivisch als Vorteil, denn er «verfügte über einen unbeschädigten Nimbus» und wurde nicht mit den zunehmenden Problemen des Landes in Verbindung gebracht. Je stärker Frankreich in die Krise schlitterte, desto stärker galt de Gaulle als «ein Messias auf Abruf» (S. 317).

Es war insofern folgerichtig, dass der Kriegsheld 1958 ein zweites Mal auf die Bühne trat, um Frankreich zu «retten». Es brauchte freilich eine veritable Krise wie den Algerien-Krieg, der mit dem Aufstand französischer Offiziere in Algier auf das Mutterland überzugreifen drohte, um diese Situation herbeizuführen. Nun handelte de Gaulle für sich optimale Bedingungen aus, das Parlament verzichtete temporär auf seine Mitwirkungsrechte, und in wenigen Monaten konnte eine stark auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassung erarbeitet werden, die den Einfluss der Parteien begrenzte – bei aller Kritik sollte sie sich in den kommenden Jahrzehnten als sehr effektiv erweisen und dem Land eine bis dahin nicht gekannte Stabilität bringen.

Zu Beginn standen der Algerien-Krieg und seine inneren Folgen im Fokus. Mit der Mehrheit der Forschung geht Willms davon aus, dass de Gaulle die Aufgabe Algeriens schon bei Amtsantritt 1958 fest im Blick hatte und, dass er die Algerienfranzosen und Militärs, die ihn wesentlich an die Macht zurückgebracht hatten, mit seinem berühmten «Je vous ai compris» bewusst im Unklaren liess. Die Franzosen unterstützten de Gaulle gleichwohl bei seinem schrittweisen Weg zur Beendigung des Krieges. Die Attentate, die ehemalige Militärs der Untergrundorganisation OAS auf ihn verübten, beförderten die Mythenbildung weiter.

Neben der krisenhaften Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses mit dem französischen Präsidenten in der «Hauptrolle» und dem Weg der deutsch-französischen Aussöhnung mit dem bundesdeutschen Bundeskanzler Adenauer widmet sich Willms auch der Aussenpolitik der «Grandeur». Hier kommt der Autor zu einer sehr negativen Bewertung. Der Präsident habe viel Porzellan zerschlagen und wenig erreicht, sei es bezogen auf den Austritt aus der militärischen Struktur der NATO über den Kurs-

wechsel in der Nahostpolitik hin zur aufsehenerregenden Kanada-Reise mit dem provokanten Ausruf «Vive le Quebec libre». Das Urteil, die de Gaullesche Aussenpolitik sei «ein durch Überschätzung des französischen Machtpotentials verursachter Irrtum» (S. 507) gewesen, ist dennoch übertrieben. In Verbindung mit der neuen «force de frappe» gelang es de Gaulle durchaus, Frankreich auf die Weltbühne zurückzuführen. Und bezogen auf das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten und zur Sowjetunion mit einem «Europa vom Atlantik bis zum Ural» war er ein früher Vordenker der Détente-Politik.

Entscheidend für das vorzeitige Ende seiner Herrschaft war jedoch die Innenpolitik, wo ein gewisser Reformstau, Defizite in der Hochschulpolitik und ein Generationenkonflikt zusammenkamen, so dass Frankreich im Mai 1968 am Rande eines Umsturzes stand. Allerdings gelang es de Gaulle nach einer Schockphase noch einmal, mit einer mitreissenden Ansprache, der Mobilisierung seiner bürgerlichen Unterstützer und einer Kabinettsumbildung das Blatt zu wenden. Doch nur wenige Monate später zog er sich nach einem verlorenen Referendum enttäuscht ins Privatleben zurück.

Was Willms in seinem Bismarck-Porträt nicht geglückt war, nämlich den Protagonisten aus seiner Zeit heraus zu verstehen und ihn entsprechend gerecht zu beurteilen, ist ihm beim «General» und dessen Verständnis vom «ewigen Frankreich» deutlich besser gelungen.

Philip Rosin, Potsdam

Elife Biçer-Deveci, **Die osmanisch-türkische Frauenbewegung im Kontext internationaler Frauenorganisationen. Eine Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte von 1895 bis 1935**, Göttingen: V&R unipress, 2017 (Ottoman Studies / Osmanistische Studien, Bd. 4), 259 Seiten.

Ausgehend vom Ansatz der «*Entangled History*», untersucht Elife Biçer-Deveci in ihrer hier besprochenen Berner Dissertationsschrift drei türkischsprachige Frauenzeitschriften aus der Zeit des späten Osmanischen Reichs und der frühen Republik Türkei. Sie zeigt auf, wie osmanisch-türkische Feminismusvorstellungen oft in direktem Bezug bzw. in Abgrenzung zum Westen formuliert wurden. Umgekehrt war für internationale Frauenorganisationen «der Orient» als Ort der Frauenunterdrückung ein wichtiges Referenzobjekt. Biçer-Deveci hinterfragt in diesem Zusammenhang, inwieweit euro-amerikanische Feministinnen tatsächlich durch Denkmuster geprägt waren, welche die Forschungsliteratur prägnant als «feministischen Orientalismus» bezeichnet hat. Überzeugend weist die Autorin auf zeitgenössische Dekonstruktionen orientalistischer Vorurteile hin (z. B. S. 117 f.) und argumentiert, dass das Bild eines rückständigen Orients sowohl von osmanisch-türkischer als auch von euro-amerikanischer Seite gezielt und zweckbewusst eingesetzt wurde (S. 200).

Die Einleitung des Buchs bietet neben theoretischen und methodischen Erläuterungen eine hilfreiche Aufarbeitung der türkischsprachigen Forschung zur osmanisch-türkischen Frauenbewegung. Das folgende Kapitel 1 gibt einen historischen Überblick, der jedoch stärker auf die Fragestellungen der Studie hätte ausgerichtet werden können und in dieser Form zu lang wirkt. Die zentralen Kapitel 2–4 widmen sich der inhaltlichen Analyse der drei in Istanbul veröffentlichten Zeitschriften *Hanımlara Mahsus Gazete* (1895–1908), *Kadınlar Dünyası* (1913–1921) und *Türk Kadın Yolu* (1925–1927). Kapitel 5 betrachtet die Beziehungen internationaler feministischen Organisationen zum

Osmanischen Reich respektive zur Türkei. Das abschliessende Kapitel 6 fasst die Ergebnisse zusammen.

Die betrachteten Zeitschriften erschienen in den distinkten Zeiträumen der autokratischen Herrschaft Abdülhamids II., der konstitutionellen Monarchie (*İkinci Meşrutiyet*) sowie der Anfangsjahre der Republik und erlauben so aussagekräftige Beobachtungen hinsichtlich der Konstanten und Veränderungen im Emanzipationsdiskurs. Interessant ist, dass die *Hanımlara Mahsus Gazete* trotz der Pressezensur unter Abdülhamid ein vielfältigeres Meinungsspektrum bot als die beiden anderen Zeitschriften, die jeweils im Umfeld zentralisierender Regierungsprojekte anzusiedeln sind. Aufschlussreich ist Biçer-Devecis Bemerkung zum Doppelsinn des Begriffs *terakki*, einerseits als Fortschritt und andererseits als Emanzipation (S. 65), was die enge Verbindung von Feminismus und gesellschaftlicher Modernisierung im Osmanischen Reich und der Türkei illustriert. Im Gegensatz zur *Hanımlara Mahsus Gazete* erschienen *Kadınlar Dünyası* und *Türk Kadın Yolu* bereits als Organe von Frauenvereinen, die sich aktiv um Kontakte zu feministischen Organisationen im Ausland bemühten. Schlüsselfiguren in der internationalen Vernetzung waren Aktivistinnen, die in Opposition zu Abdülhamid im europäischen Exil gelebt und gewirkt hatten. Auch amerikanische Missionarinnen nahmen über ihre Bildungseinrichtungen in Istanbul und mit ihren Berichten über die Situation vor Ort eine wichtige Mittlerfunktion ein (S. 69). Jedoch wurde erst 1926 der Türkische Frauenbund (*Türk Kadinlar Birliği*), Herausgeber des *Türk Kadın Yolu*, Mitglied einer internationalen Organisation. Dieser Schritt sei, wie Biçer-Deveci hervorhebt, als Teil des Strebens der jungen Republik Türkei nach internationaler Anerkennung anzusehen (S. 223).

Biçer-Devecis Studie zeichnet sich durch eine quellengestützte Argumentation aus, welche die besprochenen Texte regelmässig selbst zu Wort kommen lässt. Eine nicht zu unterschätzende Leistung ist die Begleitung übersetzter Zitate durch eine Umschrift des osmanisch-türkischen Originals ins moderne Türkisch. Erhellend in Bezug auf die Funktion der osmanischen Presse ist die Feststellung, dass die *Hanımlara Mahsus Gazete* auch als Mittel zur sozialen Vernetzung diente und beispielsweise Kontakte zwischen Europäerinnen und osmanischen Feministinnen ermöglichte (S. 104). Der Ansatz der «*Entangled History*» hätte meines Erachtens aber noch gewinnbringender sein können, wenn Biçer-Deveci «Europa» bzw. den «Westen» nicht als Einheit dem Osmanischen Reich bzw. der Türkei gegenübergestellt hätte. Die zitierten Quellen selbst offenbaren oft in stärker differenzierter Weise eine Orientierung an Frankreich, das dann mit anderen europäischen Ländern kontrastiert wurde (S. 82, 87). Überraschend ist, wie häufig die osmanisch-türkischen Stimmen auf die Schweiz Bezug nahmen, die «als idealer sittlicher Ort für einen [Studien-]Aufenthalt muslimischer Frauen» (S. 134) beschrieben wurde oder deren Massnahmen gegen den Alkoholkonsum von Müttern problematisiert wurden (S. 162).

Problematisch ist im Osmanisch-Türkischen aufgrund der Mehrdeutigkeit des arabischen Alphabets die Identifikation von Personennamen. Anstatt jedoch die Problematik möglicher Lesungen zu thematisieren, priorisiert Biçer-Deveci bei den ihr unbekannten Namen eine spekulative Schreibweise, die in mehreren Fällen nicht zutreffend ist. So verbirgt sich hinter «Ellen Kostar» die amerikanische Feministin J. Ellen Foster, «Henriette Hevernique» ist als Henriette Hornik zu identifizieren, und «Margrit Caulra» schriebe sich richtig Marguerite Colrat. Im Falle von «Dorani Montilla» liesse sich spekulieren, ob hier nicht eine im Drucksatz fehlerhafte Schreibung der Journalistin Marguerite Durand vorliegt.

Trotz der angemerkten Schwächen hat Biçer-Deveci eine erkenntnisreiche Grundlagenstudie zum Emanzipationsdiskurs im Osmanischen Reich und der frühen Republik Türkei vorgelegt, die zahlreiche Anknüpfungspunkte für die weitere Forschung bieten dürfte.

Ulrich Brandenburg, Zürich

Sabina Bossert, **David Frankfurter (1909–1982). Das Selbstbild des Gustloff-Attentäters**, Wien / Köln / Weimar: Böhlau, 2019, 550 Seiten.

Im vergangenen Jahr sind gleich zwei beeindruckende Studien erschienen, die sich mit dem Gustloff-Attentäter David Frankfurter und dem Umfeld des NSDAP-Landesgruppenleiter der Schweiz, Wilhelm Gustloff, befassen. Der unlängst verstorbene, frühere Ordinarius für Geschichte der Universität Luzern, Guy Marchal, lässt in seinem letzten Buch das Lesepublikum ungewohnt nahe an seiner Recherche teilhaben. Der «Forschungskrimi» «Gustloff im Papierkorb» beginnt damit, dass der Autor Jahrzehnte zuvor von seinem Vater einige Papierschnipsel erhalten hat, die, wie sich im Verlauf der Recherchen herausstellt, Widerstand im Kleinen dokumentieren. Die Schnipsel führen zur Nazivergangenheit des Geschäftspartners und Schwagers von Marchals Vater und schliesslich zu Wilhelm Gustloff sowie den Netzwerken ins nationalsozialistische Deutschland. So beleuchtet der Autor die Agitation der Nationalsozialisten in der Schweiz und wie es diese nach dem Krieg verstanden, sich von ihrer Vergangenheit reinzuwaschen.

Einen klassischeren Weg historischen Arbeitens wählte Sabina Bossert, Fachreferentin für jüdische Zeitgeschichte am Archiv für Zeitgeschichte in Zürich. Sowohl die Forschungsintention im Rahmen ihrer Qualifikationsarbeit als auch die Quellenlage präsentieren sich hier anders. Innovativ ist Bosserts umfangreiche Dissertation «David Frankfurter (1909–1982). Das Selbstbild des Gustloff-Attentäters» dennoch, da sie die Sichtweisen und Motive des Täters in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung stellt und damit die Forschung um eine zentrale Perspektive erweitert.

Am 4. Februar 1936 erschiesst der aus dem heutigen Kroatien stammende, an der Universität Bern eingeschriebene Student David Frankfurter den NSDAP-Landesgruppenleiter Wilhelm Gustloff in dessen Wohnung in Davos. Wenig später stellt sich Frankfurter der dortigen Polizei. Die Geschichte von David Frankfurter ist somit «die Geschichte eines Mordfalls, bei der der Täter von Anfang feststeht», hält Sabina Bossert einleitend fest. Nichtsdestotrotz haben sich die historische Forschung sowie zahlreiche publizistische Beiträge ausschliesslich mit Frankfurters Tat und dem anschliessenden Prozess in Chur beschäftigt, der national wie international grosses Aufsehen erregte. Kürzere Untersuchungen beschäftigten sich mit der Rezeptionsgeschichte in der Schweiz und in Deutschland oder mit Frankfurters Begnadigung nach Kriegsende. David Frankfurters Memoiren hingegen, seine persönliche Sicht auf die Tat, blieben mit Ausnahme von ein paar wenigen Beiträgen wie etwa einem Aufsatz von Thomas Willis aus dem Jahr 2009 aussen vor. Eine populäre Ausnahme bildet der Film «Konfrontation» des bekannten Schweizer Regisseurs Rolf Lyssy von 1975, der sich für die Motive des Attentäters interessierte. Doch wie wir Bosserts Studie entnehmen können, war David Frankfurter, der im Film selbst zu Wort kommt, mit dem Produkt und den von Lyssy gesetzten Schwerpunkten mehrheitlich nicht einverstanden. Bossert ergänzt nun die Forschung zu Frankfurter durch seine Memoiren und Briefe, die durch ergänzende Quellen flankiert werden.

Sabina Bossert erzählt die Geschichte David Frankfurters chronologisch in vier Kapiteln. Sie bilden den inhaltlichen Kern des Buches. Frankfurter kommt in Daruvar in

der damaligen Habsburgermonarchie 1909 zur Welt. Nach einer weitgehend «ungetrübten» Kindheit und Jugend in einer Rabbinerfamilie beginnt er seine Studienzeit in Leipzig und wechselt von dort nach Frankfurt am Main, wo er die Machtergreifung der Nationalsozialisten erlebt. Vor dem Hintergrund des rasch wachsenden Antisemitismus quälen ihn bereits damals erste Mordgedanken. 1935 übersiedelt er nach Bern, wo die Idee, einen politischen Mord zu begehen, weiterreift. Dies geht nicht zuletzt aus seiner in den Memoiren festgehaltenen Interpretation der schweizerischen Gründungsmythen hervor: «der Tyrannenmord war die eigentliche Stiftungsakte dieser europäischen Demokratie. Die Armbrust Tells, die Waffe, mit der er den Zwingherrn niederstreckte, der aller Menschenrecht und aller Menschen Würde mit Füssen getreten – sie war zum Wahrzeichen der Schweiz geworden». Dem folgenreichen Jahr 1936 ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Es beginnt mit der Reise nach Davos Ende Januar, der Tat vom 4. Februar und endet mit den letzten Vorbereitungen für den Mordprozess im Dezember desselben Jahres. Es folgen die Schilderung des Prozesses samt Urteilsverkündung vor dem Churer Strafgericht sowie die schwierige Zeit in der Strafanstalt Sennhof. Ein weiteres Kapitel behandelt die Jahre nach Kriegsende mit Frankfurters Entlassung aus der Haftanstalt, seiner Übersiedlung nach Palästina sowie seinem Leben in Palästina / Israel bis zu seinem Tod 1982. Dieser Teil basiert nicht mehr auf Frankfurters Memoiren, gibt aber einen vielfältigen Einblick in sein Leben in der Alija.

Diesem biografiegeschichtlichen Teil vorangestellt sind Kapitel zum Forschungsstand sowie zum methodisch-theoretischen Zugang. Neben den Bemerkungen zum lebensweltlichen Ansatz, der insbesondere an der Universität Basel gepflegt wird, sowie zum Themenkomplex «jüdischer Widerstand», gilt es vor allem Bosserts Ausführung zum quellenkritischen Umgang mit David Frankfurters Memoiren zu beachten. Diese entstanden nämlich erst zehn Jahre nach der Tat, im Frühjahr 1946 in Palästina. In einem über mehrere Wochen dauernden Austausch mit dem deutsch-israelischen Religionswissenschaftler Schalom Ben-Chorin, schrieb dieser Frankfurters Erinnerungen nieder. Man kann Sabina Bossert Position teilen, dass es sich bei den Memoiren um David Frankfurters Selbstsicht handelt, allerdings gilt es zu ergänzen, in den Worten Ben-Chorins. Der historische Mehrwert dieser Selbstsicht-Perspektive wird dennoch sogleich sichtbar, nämlich in dem Sinn, dass Frankfurters Memoiren eine kontroverse Position zu den bestehenden Quellen einnehmen. Dies ist während des Prozesses der Fall. David Frankfurter Einschätzung der Tat weicht vom Gutachten ab, das vom heute teilweise umstrittenen Psychiaters Johann Benedikt Jörger verfasst wurde. Ähnliches gilt auch während des Begnadigungsverfahrens. Zwar hatten bereits David Frankfurter und Ben-Chorin die Prozessakten eingefordert, doch diese wurden ihnen aus rechtlichen Gründen nicht ausgehändigt. In Bosserts Studie konnten nun diese unterschiedlichen Positionen in die Analyse einbezogen werden. Aufschlussreich sind schliesslich auch Bosserts exkursartigen Überlegungen zum jüdischen Widerstand. Sie bezeichnet Frankfurters Attentat auf Gustloff als frühe Widerstandstat und ordnet diese einem erweiterten Widerstandsbegriff zu. Zwar war Frankfurter in der Schweiz anders als bekanntere spätere Widerstandskämpfer wie die Kombattanten im Warschauer Ghetto oder die jüdischen Partisanen in den Wäldern Osteuropas nicht an Leib und Leben gefährdet, doch machte er mit seiner Tat zu einem frühen Zeitpunkt auf die Verbrechen eines tyrannischen Regimes aufmerksam.

Bossert erweitert die Forschung zu David Frankfurter in einem zentralen Punkt und ergänzt damit die Forschungen zur Geschichte der Schweiz zur Zeit des Nationalsozialis-

mus. Bildhafter Ausdruck dieses wissenschaftlichen Mehrwerts sind auch die zahlreichen, teilweise erstmals veröffentlichen Fotografien, die den schönen Band illustrieren.

Patrick Kury, Luzern

Susan Barton, **Internment in Switzerland during the First World War**, London: Bloomsbury Academic, 2019, 240 Seiten, 28 Abbildungen.

Internierung im Ersten Weltkrieg ist derzeit ein Trendthema der historischen Forschung. Susan Bartons Buch «Internment in Switzerland during the First World War» ist ein typisches Beispiel für diesen Forschungszweig, der bis heute von Studien zu einzelnen Lagern oder Nationen dominiert wird.[4] Bartons Pionierstudie widmet sich den insgesamt über 60'000 in der Schweiz ab 1916 internierten Kriegsgefangenen belgischer, französischer, britischer und deutscher Nationalität.[5] Dabei handelte es sich hauptsächlich um verwundete Kriegsgefangene, die aufgrund von Abkommen zwischen der Schweiz und mehreren Kriegsparteien im ganzen Land, von den Walliser Alpen bis nach Davos, meist in Hotels und Sanatorien untergebracht wurden. Das Buch versteht sich als Gegenstück zu all jenen Studien zum Ersten Weltkrieg, die sich auf Leiden und Sterben konzentrieren, und möchte eine «positive» Dimension inmitten der allgegenwärtigen Gewalttätigkeit beleuchten. Von der Internierung profitierten zum einen die Kriegsgefangenen selbst, die so den oft prekären Bedingungen in den Gefangenenlagern der kriegführenden Mächte entkamen, andererseits aber auch die Schweiz, die ihren internationalen Ruf als humanitäre Nation unter Beweis stellte und gleichzeitig finanzielle Einbussen durch das kriegsbedingte Ausbleiben von Touristen teilweise wettmachen konnte.

Das Buch ist logisch aufgebaut: Nach einer kurzen Einführung beschreibt Barton die Verhandlungen zwischen der Schweiz und den kriegführenden Staaten bezüglich der Internierung ihrer vom Kriegsgegner gefangengenommenen Staatsangehörigen in der neutralen Alpenrepublik. Der Rest des Buches ist den Internierten selbst und ihrem Alltag gewidmet. Barton thematisiert ihren Empfang in der Schweiz, die Internierungsbedingungen, Arbeit und Weiterbildungsmöglichkeiten, Sport, Freizeit sowie Religion, bevor sie sich im Schlusskapitel ihrer Abreise widmet. Die Studie wird von mehreren Forschungsfragen geleitet wie zum Beispiel, inwiefern Internierung in einem neutralen Land sich von dem Aufenthalt in regulären Kriegsgefangenen- und Internierungslagern der kriegführenden Mächte unterschied, oder auch wie diese Internierungen die Schweiz beeinflussten.

Für Leser die mehr über den detaillierten Alltag der Internierten lernen möchten, ist dieses Buch eine wahre Fundgrube. Dank der vielen verwerteten Selbstzeugnisse, den von den Internierten herausgegebenen Zeitungen, zeitgenössischen Schweizer Zeitungen sowie offiziellen Quellen, hauptsächlich aus den britischen *National Archives*, kann Barton den Alltag eindrücklich beschreiben. Vermutlich aus sprachlichen Gründen konzentriert sie sich vor allem auf englischsprachige Zeugnisse. Interessant sind Verknüpfungen zu grösseren Themenkomplexen wie beispielsweise Ausführungen zur medizinischen Entwicklung während des Kriegs. Hier kann Barton aufzeigen, dass die schweizerischen Mediziner dank der Behandlung der internierten Kriegsverletzten Fortschritte erzielten und so

4 Für eine der einzigen Ausnahmen siehe: Matthew Stibbe, Civilian Internment during the First World War. A European and Global History, 1914–1920, London 2019.

5 Es hielten sich nie mehr als 30'000 Internierte gleichzeitig in der Schweiz auf, und unter den Internierten befanden sich nicht nur Angehörige der Streitkräfte, sondern auch Zivilisten. Siehe: Anja Huber, Fremdsein im Krieg. Die Schweiz als Ausgangs- und Zielort von Migration, 1914–1918, Zürich 2018, S. 208 f. Die zivilen Internierten werden von Barton allerdings nur am Rande erwähnt.

den Anschluss an die internationale Medizin wahren konnten. Speziell hervorgehoben werden muss das Kapitel zu Familienleben und Verwandtenbesuchen. Das Thema findet in der gängigen Kriegsgefangenenliteratur kaum Beachtung, weil es den Angehörigen in der Regel nicht möglich war, die in Kriegsgefangenenlagern internierten Verwandten zu besuchen. Aufgrund ihrer Neutralität und geographischen Lage war dies in der Schweiz anders. Besuche von Verwandten wurden sogar aktiv gefördert, nicht zuletzt, um der Schweizer Tourismusbranche neue Einkommensquellen zu eröffnen. Viele faszinierende Fotos, zum Beispiel von Hochzeiten Internierter in der Schweiz, illustrieren die entsprechenden Ausführungen Bartons.

Das Buch weist auch Schwächen auf, so etwa die oft fehlende analytische Komponente. Barton erwähnt zwar interessante Aspekte mit viel Erklärungspotential, geht jedoch selten in die Tiefe. Allgemein scheut sie sich vor klaren Aussagen, präsentiert lediglich zeitgenössische Sichtweisen und lässt diese oft ohne historische Einordnung im leeren im Raum stehen. Auffallend ist auch, wie häufig die Autorin Begriffe und Aussagen ohne jegliche Kritik oder Kontextualisierung direkt aus den Quellen übernimmt. So wird erwähnt, dass Sikhs aus Britisch-Indien in der Schweiz interniert wurden. Dazu fehlt leider eine Untersuchung, wie diese die Schweiz sahen und vice versa, oder wie das Verhältnis zu den anderen Internierten war. Kommentare von Zeitgenossen, zum Beispiel zu den «weissen Zähne» der Sikhs, werden ohne Einordnung wiedergegeben. Teilweise ähneln die Kapitel einem Sammelsurium an kuriosen Fakten und Ereignissen. Das Buch bleibt folglich sehr deskriptiv und die wirklich wichtigen, übergreifenden Fragen bleiben unbeantwortet. So ist etwa unklar, inwiefern für die beteiligten Schweizer Eigeninteressen im Vordergrund standen, oder ob sie hauptsächlich aus humanitären Gründen handelten. Eher beiläufig erwähnt Barton etwa, dass Schweizer Ärzte, die in die Kriegsgefangenenlager entsendet wurden, um die «passenden» Internierten auszuwählen, nicht diejenigen aussuchten, welche die Erholung in der Schweiz am meisten benötigten, sondern diejenigen Gefangenen aus guten finanziellen Verhältnissen. Diese Praxis entsprang der Hoffnung, dass deren Familien dann mit den Internierten gemeinsam in der Schweiz leben und somit den hiesigen Tourismus unterstützen würden. Ob dies den Tatsachen entsprach oder ob es sich lediglich um Gerüchte handelte, wird nicht erläutert.

Schliesslich enthält das Buch diverse kleine Fehler und Unsauberkeiten. Barton schreibt zum Beispiel, dass Gustave Ador während des Kriegs Bundespräsident war (Kapitel 2). Ador wurde jedoch erst 1917 in den Bundesrat gewählt und übernahm das Amt des Bundespräsidenten erst 1919. Der Staatssekretär des deutschen Reichskolonialamts wird «Dolf» genannt, sein Name war aber Solf. Schweizerdeutsche Ortsnamen wie «Allmendhubel» werden auf derselben Seite einmal korrekt und einmal inkorrekt buchstabiert (Kapitel 6). Insgesamt ist Bartons Studie sehr lesbar, ein besseres Lektorat und mehr Kontextualisierung wären allerdings wünschenswert gewesen.

Tamara Cubito, Birmensdorf

Lea Moliterni Eberle, **«Lassen Sie mein Leben nicht verloren gehen!» Begnadigungsgesuche an General Wille im Ersten Weltkrieg**, Zürich: NZZ Libro, 2019, 488 Seiten, 49 Abbildungen.

Lea Moliterni Eberle untersucht in der vorliegenden Arbeit, mit der sie 2017 an der Universität Zürich promovierte, Begnadigungsfälle in der Schweizer Militärjustiz während des Ersten Weltkriegs. Gnadenherr war damals General Wille. Von 3391 Fällen hat die Autorin anhand inhaltlicher Kriterien 100 ausgewählt und ausgewertet, 38 stellt sie einge-

hender dar. Anhand von 120 Briefen an Wille fragt Moliterni Eberle erstens nach Motiven, mit denen die Gesuchstellenden um Gnade baten, und rekonstruiert Strategien, mit denen diese den Gnadenherrn zu überzeugen versuchten. Zweitens untersucht sie die Gnadenpraxis, das heisst die Gründe für einen Entscheid und das Verfahren dahinter. Dazu verwendet sie Untersuchungsakten der Militärjustiz, insbesondere Empfehlungen von Auditoren, die die Gesuche prüften und eine Empfehlung zugunsten Willes abgaben. Moliterni Eberle vertritt die These, dass Emotionen, insbesondere Mitleid, beim Ersuchen um und Gewähren von Gnade zentral waren. Willes Entscheide seien zudem von seinem Eigensinn geprägt gewesen. Die Arbeit basiert auf textlinguistischen und emotionsgeschichtlichen Ansätzen: Ein Text habe ein sogenanntes «Emotionspotenzial». LeserInnen könnten ihn nicht nur kognitiv verstehen, sondern auch die Gefühle darin nachempfinden (sogenannte «Emotionalisierung»). Diese könnten ihr Handeln leiten. Um die Bedeutung von Emotionen aufzuzeigen, will die Autorin die Tiefenstruktur der Gesuche auf lexikalischer und syntaktischer Ebene analysieren. Hermeneutisch-interpretierend schliesst sie auf das kognitive und emotionale Wissen, auf das damalige Leser bei der Textarbeit zurückgriffen. Darauf gestützt will sie das Emotionspotenzial der Gesuche einschätzen.

Anhand des Modellfalls Rudolf Urech zeigt die Autorin im zweiten Kapitel exemplarisch die Strategien auf, mit denen Urech und seine Angehörigen um Gnade baten, und zeichnet den Weg von der Einreichung der teils emotionalen Gesuche bis zum negativen Gnadenentscheid nach. Im dritten Kapitel thematisiert sie die Themen Militär, Justiz und Gnade, die den Kontext der Begnadigungsfälle bildeten. Die Schweizer Militärjustiz, der während des Ersten Weltkriegs auch die Zivilbevölkerung unterstellt war, verfügte mit dem Militärstrafgesetz von 1851 über ein veraltetes, unvollständiges, uneinheitliches und drakonisch strafendes Gesetz. Die Begnadigung war die einzige Möglichkeit, Fehl- und überharte Urteile zu korrigieren. Der Gnadenherr genoss weitgehende Entscheidungsfreiheit, sah sich jedoch dem Dilemma ausgesetzt, mit einer Begnadigung rechtsstaatliche Interessen, beispielsweise das Verbot von Willkür, zu verletzen. Das vierte Kapitel ist mit rund 230 Seiten der eigentliche Hauptteil der Arbeit. In neun Unterkapiteln vertieft die Autorin die Motive und Strategien der Gesuchstellenden und schliesst auf deren «Befindlichkeiten, Gefühle und Alltagerfahrungen» (S. 366). Anhand der Empfehlungen und Entscheide thematisiert sie, wer weshalb und unter welchen Umständen begnadigt wurde. Emotionen seien, resümiert Moliterni Eberle, bei Gnadenbitten «sehr erfolgreich» (S. 381). Dass Wille wiederholt Abklärungen anordnete und von den Empfehlungen der Auditoren abwich, wertet sie als Beleg für dessen Eigensinn.

Der Aufbau der Arbeit überzeugt. Der Modellfall erleichtert den Einstieg ins Thema. Mit dem dritten Kapitel vermag die Autorin bedeutende Problemfelder der Militärjustiz und der Gnade aufzuzeigen, auf die sie später teilweise zurückkommt. Die Untersuchung der Motive und Strategien der Gesuchstellenden ist umfangreich, doch die Abgrenzung zwischen den einzelnen Teilkapiteln manchmal schwammig. Ist der Gnadenpraxis beim Modellfall noch ein eigenes Unterkapitel gewidmet, wird sie nun anhand der einzelnen Begnadigungsfälle dargestellt. Damit rückt sie im Vergleich zu den Gnadenmotiven in den Hintergrund. Die Autorin analysiert die Begnadigungsgesuche und die Empfehlungsschreiben teils detailliert, gerade im zweiten Kapitel. Erhellend sind hier die Rückschlüsse auf damaliges emotionales und kognitives Wissen. Im vierten Kapitel wird die Untersuchung allerdings deskriptiver und bisweilen repetitiv.

Ob und welche Bedeutung den Emotionen beim Bitten um und Gewähren von Gnade zukam, ist nicht immer nachvollziehbar. Das hat mehrere Gründe: Es bleibt bis am Ende offen, was genau die Autorin unter Emotionen versteht. Vor allem die Abgrenzung von kognitivem und emotionalem Wissen ist unklar. Auch die angekündigte vertiefte Untersuchung der Sprache, des Emotionspotenzials von Texten und der Emotionalisierung der Leser finden kaum statt. Zudem ist anhand der meist nur kurzen Ausführungen Willes nur selten aufzuzeigen, welche Gefühle er beim Lesen der Gesuche (nach)empfand. Fälle emotionaler Gesuche, die er ablehnte, lassen zweifeln, ob und inwiefern Willes Handeln von Emotionen geprägt war. Schliesslich fehlt eine klare Unterscheidung von Motiven und Strategien. Es bleibt deshalb stellenweise unklar, ob die Gesuchstellenden die dargestellten Emotionen tatsächlich empfanden oder bloss vortäuschten. Dass Wille über einen spezifischen Eigensinn verfügte, belegt die Autorin verschiedentlich. Stellenweise präzise schliesst sie auf die Gründe für sein Handeln. Interessant wäre gewesen, diese Ergebnisse vor dem Hintergrund einschlägiger Forschung zu Wille zu diskutieren.

Moliterni Eberles Studie bietet einen wertvollen Beitrag zur noch lückenhaften Forschung zur Schweiz im Ersten Weltkrieg. Vor allem die kulturgeschichtliche Perspektive auf Wehrmänner und ihre Angehörigen sowie deren Erfahrungen ist bereichernd. Zudem vermag die Autorin die Problemfelder der damaligen Militärjustiz anschaulich aufzeigen. Dank seiner verständlichen Sprache und der guten Leserführung ist das Werk auch einem breiteren Publikum zugänglich.

Mario Podzorski, Birmensdorf / Aarau

Frank Jacob, Riccardo Altieri (Hg.), **Die Wahrnehmung der Russischen Revolutionen 1917. Zwischen utopischen Träumen und erschütterter Ablehnung**, Berlin: Metropol Verlag, 2019 (Alternative Demokratien. Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie und des Sozialismus, Bd. 3), 450 Seiten, zahlreiche Abbildungen.

Der Band widmet sich der Wahrnehmung der Russischen Revolutionen aus einer «kritischen geschichtswissenschaftlichen» Perspektive (S. 23). Die Herausgeber Frank Jacob, Professor für Globalgeschichte (19./20. Jahrhundert) an der Nord Universitet in Norwegen, und Riccardo Altieri, Doktorand an der Universität Potsdam, haben schon mehrfach zusammengearbeitet. Sie legen 17 Beiträge vor, welche die Wahrnehmung der Revolution in Deutschland, die Revolution und die Juden, lokale, soziale und transnationale Perspektiven sowie den theoretischen Diskurs mit Historiografie, Darstellung und Vermittlung der Revolution abdecken sollen. Nach welchen Kriterien die Auswahl der Beiträge erfolgt ist, erschliesst sich nicht und wird von den Herausgebern auch nicht erläutert. So zeigt der Sammelband eine grosse Bandbreite an Themen, die aber weitgehend unverbunden nebeneinander stehen.

Nur wenige Autorinnen und Autoren folgen dem moralischen Urteil der Herausgeber, das – in methodisch fragwürdiger Weise – Ausgangspunkt und Leitmotiv der Untersuchungen sein soll: «die Verderbtheit ihrer [der Revolutionäre] Ideale durch Lenin und seine bolschewistischen Gefolgsleute» (S. 14), «der finale Verrat der Ideale der Revolution» (S. 16). Lenin habe bereits «im Oktober 1917 wissent- und willentlich die Revolution verraten», die Macht «mit Terror gesichert», den «marxistischen Staat [...] korrumpiert und zu einer Diktatur, der sich Stalin später nur noch bedienen musste, ausgebaut» (S. 17). Diese Fixierung auf einen fast dämonisierten Lenin und auf die Bolschewiki als eine homogene Gruppe entspricht nicht dem Forschungsstand zu 1917 und den ersten Jahren danach. Zahlreiche Studien belegen im Übrigen, dass es nach der Oktoberrevoluti-

on keine einlinige Entwicklung hin zum Stalinismus gab, sondern immer wieder offene Situationen eintraten, die Alternativen möglich machten. Einige Autorinnen und Autoren setzen denn auch die von ihnen untersuchten Wahrnehmungen mit den jeweiligen historischen Verhältnissen in Beziehung. Ohnehin gelangen sie im Einzelnen vielfach zu wichtigen Ergebnissen.

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Rezension sämtliche Beiträge vorzustellen. Nur einige Aspekte seien herausgegriffen. So ist die Distanz der Mehrheitssozialdemokratie zur Russischen Revolution schon oft dargestellt worden, ebenso die unterschiedlichen Positionen innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Linken zwischen den Polen Wladimir Lenin und Rosa Luxemburg. Dazu finden sich im Sammelband immerhin interessante Differenzierungen, etwa von Lutz Häfner, der sich mit Wahrnehmungen der «russischen revolutionären Erfahrungsräume» (S. 115) in sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Deutschlands beschäftigt. Riccardo Altieri zeichnet sorgfältig die anfangs voneinander abweichenden Haltungen von Rosi Frölich-Wolfstein und Paul Frölich gegenüber Lenin und Luxemburg nach. Vincent Streichhahn kommt in seiner Rezeptionsgeschichte der Kontroverse zwischen Luxemburg und Lenin zu dem Ergebnis, dass es mehr Gemeinsamkeiten zwischen beiden gab, als gemeinhin angenommen wird. Die Unterschiede seien weniger prinzipieller Art als der jeweiligen historischen Situation geschuldet. Die eher «dogmatische» Rezeption erklärt er mit den politischen Kämpfen seit Beginn der 1920er Jahre. Auch Andreas Morgensterns Ausführungen zu der privatwirtschaftlich orientierten Konzeption eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraumes unter Einbeziehung Russlands, die von Vertretern des revisionistischen Flügels der SPD in den *Sozialistischen Monatsheften* vorgelegt wurde, eröffnet neue Perspektiven. Klasseninteressen und kleinere Nationen spielten kaum eine Rolle, die Bolschewiki störten eher. Einen anderen Blick richtet Anke Napp auf die Revolutionswahrnehmung. Sie setzt sich mit deutschen Bildbändern – Bildrollen, die wie ein Film vorgeführt werden konnten und sich deshalb für die Propaganda eigneten – zum Thema Oktoberrevolution und ihre Folgen für die Zeit von 1929 bis 1941 auseinander. In ihrer präzisen Bildanalyse arbeitet die Autorin die antikommunistische Stossrichtung heraus, verbunden mit der Angst vor einer durch den kommunistischen Machtapparat gelenkten «seelenlosen, mechanisierten Masse» (S. 436). Die Verbindung von antijüdischer und antikommunistischer Orientierung in den Wahrnehmungen der Apostolischen Nuntiaturen in Deutschland, namentlich von Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII., belegt eindrucksvoll Christoph Valentin. Die Revolutionäre seien hauptsächlich von Juden gesteuert, die als «widerlich», «schlau» (S. 187) und «einfache Kriminelle» (S. 191) gekennzeichnet werden.

Weiterführend ist der Schwerpunkt, den mehrere Beiträge auf die Beschäftigung mit anarchistischen Bewegungen und Gedankengängen setzen. Diese werden immer noch viel zu selten erforscht, obwohl sie eine bedeutende Rolle im revolutionären Prozess spielten. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, sich vollständig auf dieses Themengebiet zu konzentrieren. Frank Jacob untersucht den Wandel in Emma Goldmanns (und Alexander Berkmanns) Blick auf die Russische Revolution von anfänglicher Zustimmung bis zur Gegnerschaft. Zugleich gibt er eine Übersicht über die Geschichte der anarchistischen Bewegung in Russland im Zusammenhang mit dem Revolutionsprozess. Mit seinen Untersuchungen will er dazu beitragen, in zukünftigen Revolutionen eine «Korrumption» wie bei der Oktoberrevolution zu vermeiden (S. 357). Damit knüpft er konsequent an sein in der Einleitung formuliertes moralisches Urteil als Leitmotiv seiner Arbeiten an. Carsten Schapkow arbeitet die Verbindung von anarchistischem mit jüdisch-messianischem Gedanken-

gut bei Gustav Landauer heraus. Da er die Russischen Revolutionen von 1917 als einen «Wendepunkt aus jüdischer Perspektive» (S. 161) betrachtet, wäre es für die Leserinnen und Leser hilfreich gewesen, wenn er Landauers Stellenwert innerhalb jüdischer Einstellungen zu den Vorgängen in Russland skizziert hätte. Zwei Autoren besprechen die Rezeption der Oktoberrevolution in syndikalistischen Gewerkschaften: Jule Ehms wendet sich der 1919 gegründeten Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) zu und Richard Stoenescu der 1920 konstituierten Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (AAUD). Die FAUD war nach anfänglicher Begeisterung wesentlich kritischer gegenüber der Entwicklung in Russland eingestellt als die AAUD. Ihr ging die Revolution nicht weit genug, und sie lehnte den Staat ebenso ab wie die Wirtschaftspolitik oder die Unterdrückung linker Gruppen. Für sie stand die «Befreiung der ArbeiterInnen» im Mittelpunkt (S. 239). Die Bildung der Internationalen Arbeiter-Assoziation 1922 bedeutete den endgültigen Bruch mit dem (Staats-) Kommunismus. Zu dieser Zeit hatte auch die AAUD den Bruch vollzogen – nämlich auf dem Dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1921 –, nachdem sie zunächst viele Massnahmen der Bolschewiki, sogar die Arbeitsarmeen, gutgeheissen hatte. Ausschlaggebend war hier die Erfahrung, von den Bolschewiki nicht «als gleichberechtigter Diskussions- und Gesprächspartner» (S. 263) angesehen zu werden, sowie die wachsende Einsicht, dass die Realität der russischen Verhältnisse nicht dem Anspruch gerecht wurde. Allerdings hatte der Bruch eine Spaltung der Bewegung zur Folge. Es bleibt zu hoffen, dass der Sammelband weitere Forschungen in diesem Bereich anregt.

Heiko Haumann, Basel / Elzach-Yach

Carlo Moos, **Habsburg post mortem. Betrachtungen zum Weiterleben der Habsburgermonarchie**, Wien / Köln / Weimar: Böhlau, 2016, 414 Seiten.

Carlo Moos begibt sich in seiner Studie auf die Suche nach Spuren des Weiterlebens der Habsburgermonarchie nach 1918. Dabei geht er zunächst auf ein grundlegendes Problem ein, vor das sich die politischen Repräsentanten Deutschösterreichs im Umfeld der Pariser Friedensverhandlungen gestellt sahen: Wie liess es sich vermeiden, dass die kleine – und bitterarme – Nachkriegsrepublik die Verantwortung für die Kriegspolitik des untergegangenen Imperiums zu tragen hatte? In der Diskussion um das Verhältnis Deutschösterreichs zum Habsburgerreich spielten, angesichts der Ausgangslage wenig überraschend, Argumente für eine strikte Distanzierung von der Monarchie eine wichtige Rolle. Bemerkenswert ist aber auch, dass sich in den Akten des Aussenministeriums genügend Beispiele für ein dezidiert positives Bild des Vielvölkerreichs finden. Wie wichtig die bürokratischen und verfassungspolitischen Kontinuitätslinien zwischen Monarchie und Republik im Österreich der 1920er und 1930er Jahre waren, zeigt Moos im folgenden Kapitel, während der nächste Abschnitt die Gesamtheit der Nachfolgestaaten in den Blick nimmt. Hier geht es ihm um die Politik der Grenzziehung in einer historisch gewachsenen Region, die mit Willkür und Gewalt einherging und bis heute in revisionistischen Tendenzen nachwirkt. Es war die Erfahrung mit dem Gewaltpotential dieser Politik des Ein- und Ausschliessens in den Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg, die beispielsweise Joseph Roth und Stefan Zweig dazu brachten, die Habsburgermonarchie als Versuch einer multiethnischen Ordnungsstruktur den Terrorregimen der 1930er Jahren gegenüber zu stellen. Die dadurch zum literarischen Topos geronnene nostalgische Sicht des untergegangenen Imperiums ist Gegenstand des zweiten Hauptteils. Nach einem Kapitel über das einstige Kaiserhaus zwischen Erstem Weltkrieg und Gegenwart, wendet sich Moos den

Auseinandersetzungen um das Habsburgergesetz und den relativ wirkungslosen legitimistischen Bestrebungen in Österreich zu. Das umfangreichste Kapitel dieses Hauptabschnitts behandelt Erinnerungskultur und geschichtstouristisches Marketing – ein ergiebiges Thema historischer Reflexion, wie spätestens Valentin Groebner demonstriert hat. Allein mit dieser Dimension des konstruierten Weiterlebens der Habsburgermonarchie hätte sich ein Buch füllen lassen, aber Moos erweitert seinen Untersuchungsgegenstand im dritten Hauptteil noch einmal um «Varianten eines Kultur-Wegs». Hier geht er auf Malerei und Architektur in «Wien um 1900» ein, auf die «literarische Erinnerung» von Franz Grillparzer bis Thomas Bernhard und schliesslich auf das «musikalische Nachleben der Monarchie» von den Gedenkfeiern an bedeutende Komponisten bis zu Arnold Schönbergs Auseinandersetzung mit dem musikalischen Erbe der Habsburgerzeit.

Es ist ein grosser Bogen, den Moos schlägt. Was hält die Studie zusammen? Zunächst einmal, so betont Moos, soll das Buch nicht etwa ein «multikulturelle[s] Kitschbild» (S. 11) der Habsburgermonarchie transportieren. Er macht aber keinen Hehl daraus, dass er «das Verschwinden des Reiches – für einen Schweizer vielleicht ungewöhnlich – immer als ausgesprochen bedauerlich empfand» (S. 10). Zustimmend zitiert er Brigitte Mazohl, die in der Habsburgermonarchie «ein Modell für ein einigermassen friedliches Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Volksgruppen und Nationen in einem grösseren gemeinsamen politischen Verbund» (zitiert S. 396) sieht. Mit fast schon übergrosser Bescheidenheit, schliesst Moos mit der Hoffnung, «mit meinem Sammelsurium von Betrachtungen und Impressionen unterschiedlichster Art aus den Wiener Archiven, Konzertsälen, Museen und der Nationalbibliothek – wenngleich vielleicht nur *ex negativo* – eine kleine Illustration zu diesem schönen Urteil geliefert zu haben.» (S. 396) Tatsächlich hinterlässt die Lektüre des Buches den Eindruck, einen Blick auf viele Facetten des Weiterlebens des Habsburgerreichs geworfen zu haben, von konkreten politischen Konfliktlagen des kurzen 20. Jahrhunderts bis zum reichhaltigen hochkulturellen Erbe Wiens im langen 19. Jahrhundert. Eine klare Argumentationslinie zeichnet sich dabei nicht ab, aber es geht Moos ja offenkundig gerade darum, die Vielfalt möglicher Herangehensweisen an das Thema vor Augen zu führen. Es nimmt für den Autor ein, dass er sich zu seinem eher eklektischen Zugriff bekennt und auch nicht verschweigt, dass Zufallsfunde und Bekanntschaften die Quellen- und Literaturauswahl mitbestimmt haben. So offenherzig geschildert wie hier, liest man das kaum jemals (S. 12f.). Die Auswertung von unpublizierten Qualifikationsschriften, der Blick in einzelne Aktenbestände des Aussenministeriums oder der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit fördert immer wieder interessante Deutungsansätze und Quellen zu Tage, die den Forschungsstand ergänzen. Die häufig herangezogenen Berichte aus der Neuen Zürcher Zeitung über Aspekte des Weiterlebens der Habsburgermonarchie wären auch als Quellen zur gegenwärtigen Geschichtskultur aufschlussreich. So ist die Lektüre durchaus anregend, trotz oder wegen der Kollagentechnik des Autors. Allerdings stellt sich die Frage, an welche Leserschaft sich das Buch richtet. Ohne Vorkenntnisse der Politik- und Kulturgeschichte der späten Habsburgermonarchie und der Republik Österreich sind die vielfältigen Aspekte und Anspielungen wohl kaum verständlich. Die entsprechend informierten Leserinnen und Leser werden aber die Passagen über Saint Germain, Kaiser Karls Politik oder die Wiener Secession eher entbehrlich finden. Das sollte sie allerdings nicht von der Lektüre abhalten.

Günther Kronenbitter, Augsburg

Philippe Vonnard, **L'Europe dans le monde du football. Genèse et formation de l'UEFA (1930–1960)**, Brüssel / Bern / Berlin / New York / Oxford / Wien: Peter Lang, 2018, 408 Seiten.

Als im März 1957 die Vertreter von sechs dem Westen zugehörigen Ländern die Römischen Verträge unterzeichneten, die als Meilenstein des europäischen Integrationsprozesses in die Geschichte eingegangen sind, existierte bereits seit drei Jahren eine andere europäische Organisation, die 30 Mitgliedsländer von beiden Seiten des Eisernen Vorhangs umfasste: Der europäische Fussballverband UEFA. Der Vorgeschichte, Entstehung und frühen Konsolidierung dieser Organisation widmet sich Philippe Vonnards Buch, das auf einer 2016 verteidigten Lausanner sportwissenschaftlichen Dissertation beruht. Vonnard interessiert sich dabei insbesondere für drei Punkte: Die Rolle internationaler Organisationen bei der Entwicklung des grenzüberschreitenden Fussballspielbetriebs, das Verhältnis der Führungselite des internationalen Fussballs zur Politik und die Gründe der Schaffung der UEFA zur Mitte der 1950er Jahre. Dabei wird neben den Akten des internationalen Fussballverbandes FIFA erstmals auch das in der Geschäftsstelle in Nyon (VD) gelagerte Archiv der UEFA ausgewertet.

Der erste Hauptteil des Buches analysiert die Entwicklung der FIFA in den 1930er und 1940er Jahren. Der internationale Fussballverband festigte in den 1930er Jahren seine administrativen und finanziellen Strukturen und versuchte sich aus internen Konflikten der nationalen Fussballverbände herauszuhalten. Auch politische Einflüsse sollten nach dem Willen der FIFA-Führungselite möglichst vom Verband ferngehalten werden, was allerdings nicht immer gelang. Mit dieser Linie gelang es dem Verband, den Zweiten Weltkrieg zu überleben. Die FIFA, die 1904 von einer Handvoll ausschliesslich kontinentaleuropäischer Verbände aus der Taufe gehoben worden war, blieb auch zu jener Zeit immer noch stark europäisch dominiert. Der «andere Kontinent» Amerika hatte aber immerhin 1930 die erste Weltmeisterschaft der FIFA in Uruguay organisiert. Ausserdem war in Südamerika bereits 1916 angesichts der Kriegswirren in Europa der Kontinentalverband CONMEBOL entstanden, der nach dem Zweiten Weltkrieg dann zum Vorbild für weitere Kontinentalverbände werden sollte. Ab 1938 wurde den Südamerikanern ein fixer Platz im FIFA-Exekutivkomitee zugestanden – ein Präzedenzfall für die spätere strukturelle Umgestaltung der FIFA auf der Basis von Kontinentalverbänden. Der Schwerpunkt der FIFA lag aber weiterhin klar auf Europa und mit den beiden in Europa ausgetragenen Weltmeisterschaften 1934 (in Italien) und 1938 (in Frankreich) sowie den beiden «FIFA-Spielen» 1937 (Westeuropa gegen Osteuropa) und 1938 (Kontinentaleuropa gegen England) veranstaltete der Verband auch grosse Anlässe, die zur weiteren Entwicklung des Spielbetriebs in Europa beitrugen. Allerdings kontrollierte die FIFA in den 1930er Jahren nur einen Teil des europäischen Fussballs: Sowohl die vier britischen Verbände als auch die Sowjetunion blieben dem internationalen Verband bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fern. Ausserdem existierte – von Vonnard nicht erwähnt – in der Zwischenkriegszeit im Rahmen des sozialistischen Arbeiterfussballs ein internationaler Spielbetrieb ausserhalb der FIFA, der in den frühen 1930er Jahren auch eine Europameisterschaft einschloss. Zudem kamen wichtige Impulse für eine stärkere europäische Integration des Fussballs nicht direkt von der FIFA – etwa die «Coupe des Nations» von 1930 in Genf, die in Europa weit stärker beachtet wurde als die zeitgleiche Weltmeisterschaft in Montevideo, oder die sog. «Mitropa»-Wettbewerbe für Vereins- und Nationalmannschaften. Nach 1945 änderte sich die Struktur der FIFA stark. Die einsetzende Dekolonisation vermehrte die Zahl der aussereuropäischen Mitglieder. Die Rückkehr der britischen Ver-

bände in die FIFA warf die Frage nach einer neuen Zusammensetzung der wesentlichen Gremien auf und der Beitritt der Sowjetunion 1947 schuf in der FIFA eine starke Ostblockfraktion. Vor diesem Hintergrund setzten Debatten um eine Reorganisation des internationalen Fussballverbandes im Sinne einer «Kontinentalisierung» ein. Die Mitgliedsländer sollten sich in Kontinentalverbänden organisieren, die in den FIFA-Gremien nach festen Schlüsseln Sitze erhalten sollten.

Diese Debatten und die daraus entstehenden neuen Strukturen bilden den Gegenstand des zweiten Hauptteils von Vonnards Buch, der die Jahre 1949 bis 1960 abdeckt. Die langwierigen, von Vonnard detailliert nachgezeichneten Diskussionen über eine Strukturreform der FIFA zur Anpassung an die Nachkriegssituation mündeten 1953/54 in eine Reorganisation auf Basis kontinentaler Gruppierungen. Zum Durchbruch kam diese Idee aufgrund einer Allianz der Südamerikaner mit ihrem jahrzehntealten Kontinentalverband und der Westeuropäer, die dadurch die Institutionalisierung eines Sowjetblockes innerhalb der FIFA verhindern wollten, der zusammen mit den frisch dekolonisierten Staaten die alten Fussballnationen zu majorisieren drohte. Eine Konsequenz dieser Reform war 1954 die Bildung einer europäischen Gruppe innerhalb der FIFA und noch im selben Jahr die Gründung der UEFA als europäischer Kontinentalverband. Wie Vonnard wiederholt hervorhebt, war die UEFA mit ihrer den Eisernen Vorhang überschreitenden Mitgliedschaft in der europäischen Integrationslandschaft der 1950er Jahre ein absoluter Sonderfall. Allerdings stellte sich rasch die Frage der geographischen Grenzen des fussballerischen Europas, die mit den Beitrittsgesuchen der Türkei und Israels aktuell wurde. Beide Gesuche wurden 1956 nach Konsultationen mit der FIFA mit geographischen Argumenten abgewiesen. Während Israel bis Anfang 1990er Jahre vom europäischen Spielbetrieb ausgeschlossen blieb, konnte die Türkei trotzdem an europäischen Wettbewerben teilnehmen und wurde dann 1962 doch noch Vollmitglied der UEFA, nachdem der türkische Fussballverband seinen Sitz von Ankara nach Istanbul verlegt hatte. Für die rasche Abnabelung der UEFA von der FIFA war in den Gründungsjahren die Initiierung europäischer Wettbewerbe zentral: Der 1955 auf Vorschlag von Sportjournalisten ins Leben gerufene Europacup der Meisterklubs, der ab 1958 erstmals ausgespielte Europapokal der Nationen als Vorläufer der Fussball-Europameisterschaft sowie der 1960 gestartete Europacup der Cupsieger führten zu einer Verstetigung des internationalen europäischen Spielbetriebs und ermöglichten der UEFA eine eigenständige Medialisierung ihrer Aktivitäten, insbesondere im rasch an Bedeutung gewinnenden Fernsehen. Dadurch konnte die UEFA, deren Grundidee sich am CONMEBOL orientiert hatte, ihrerseits für Südamerika Vorbild werden: Mit der 1960 erstmals ausgerichteten «Copa Libertadores» folgte der südamerikanische Verband den Integrationsstrategien seines europäischen Pendants.

Insgesamt führt Vonnard anschaulich und detailreich durch die organisatorischen Debatten in der FIFA und der UEFA des behandelten Zeitraums und setzt die strukturelle Entwicklung immer zu sportlichen und aussersportlichen Faktoren in Bezug. Dadurch entsteht ein interessantes Gesamtbild, das Sport- und Integrationsgeschichte zusammendenkt und zugleich aufzeigt, warum die scheinbare strukturelle «Provinzialisierung Europas» im internationalen Fussball in Wirklichkeit die europäische Vorherrschaft für weitere Jahrzehnte verstetigte.

Christian Koller, Zürich

Mario König, Marietta Meier, Magaly Tornay, **Testfall Münsterlingen. Klinische Versuche in der Psychiatrie, 1940–1980**, Zürich: Chronos, 2019, 334 Seiten, 30 Abbildungen.

In den letzten Jahren rückten klinische Medikamentenversuche immer stärker in den Fokus der schweizerischen Psychiatriegeschichte. Die Thurgauer Klinik Münsterlingen mit Roland Kuhn, Pionier der Antidepressivaforschung und langjähriger Oberarzt sowie Direktor der Klinik, gehörte zu den ersten psychiatrischen Einrichtungen, die öffentlich für ihre Tests mit neuen psychoaktiven Stoffen in die Kritik geriet. Nach und nach erhärtete sich der Eindruck, dass Kuhn zwischen 1940 und 1980 unter ethisch fragwürdigen Bedingungen nicht zugelassene Versuchspräparate an zahlreiche PatientInnen verabreichte – ohne deren Wissen und Zustimmung.

Um den Anschuldigungen auf den Grund zu gehen, gab der Kanton Thurgau 2015 eine historische Aufarbeitung in Auftrag. Daraus ging die Studie *Testfall Münsterlingen* hervor, die dank des umfangreichen privaten Nachlasses von Roland und Verena Kuhn (45 Laufmeter) tief in die Praxis klinischer Versuche in der Schweiz blicken lässt. Die sorgfältig durchgeführte Studie verbindet einen chronologischen mit einem thematischen Aufbau. Die fünf Hauptkapitel verfolgen Kuhns Karriere als klinischer Prüfer und verorten seine Methoden im historischen Kontext. Thematische Schlaglichter auf die ProbandInnen (Kap. 3), fatale Zwischenfälle (Kap. 7) und Material- sowie Finanzflüsse zwischen den Basler Pharmafirmen und Münsterlingen (Kap. 5) ergänzen die bisweilen dichten Schilderungen in den chronologischen Kapiteln.

Kuhn gehörte zu den ersten klinischen Prüfern in der Schweiz. Die langjährige Zusammenarbeit mit der Basler Firma Geigy nahm ihren Anfang in den 1940er Jahren (Kap. 1). Damals hatte die Pharmaindustrie der Psychiatrie, abgesehen von Schlaf- und Beruhigungsmitteln mit hohem Suchtpotential, noch kaum etwas zu bieten. Die ersten Versuche in Münsterlingen, welche die Studie nachweist, drehten sich um das sogenannte «Parpanit». Unter Fachleuten galt die Substanz als Hoffnungsschimmer für die Behandlung von Bewegungsstörungen. Rückblickend erwies sie sich als zweifacher Türöffner, zum einen für Kuhns Karriere als klinischer Prüfer, zum andern für die Firma Geigy, die mit dem Medikament ihren ersten grossen Auftritt auf dem pharmazeutischen Markt feierte.

In Kapitel 2 widmet sich die Studie den ereignisreichen 1950er Jahren, in denen Kuhn rasch zum seriellen Prüfer aufstieg und mit «Tofranil», dem weltweit ersten Antidepressivum, seinen grossen Coup landete. Kuhns Prüfmethoden waren explorativ, seine Versuchsanlagen offen angelegt. Er war ein exakter Beobachter, der statistischen Auswertungen zeitlebens skeptisch gegenüberstand, selbst als sie ab den 1960ern zum geläufigen Methodenhandwerk gehörten. Seine Verfahren machten ihn zu einem begehrten Mann in der klinischen Prüflandschaft. Phasenweise führte er mehrere Tests parallel durch und kombinierte freihändig Prüfstoffe mit bereits registrierten Medikamenten. Der Übergang zwischen Test und Standardtherapie war oft fliessend. Mahnungen von Basler Pharmaunternehmen gab es selten, auch weil klinische Versuche zu dieser Zeit nur geringen Regulierungen unterlagen. *Testfall Münsterlingen* verliert nie den Kontext aus dem Blick und historisiert die Massstäbe, an denen Kuhns Versuche gemessen werden, ebenso wie die Prüfungen selbst – das ist eine der grossen Stärken der Studie.

Kuhns Probandenauswahl folgte oft klaren Mustern (Kap. 3). Grundsätzlich wählte er für die Prüfungen ein breites Spektrum an PatientInnen, unabhängig vom sozialen Status. Auch Kinder und Jugendliche im Ambulatorium erhielten Prüfsubstanzen. Es gibt aber keine Hinweise darauf, dass Heimkinder systematisch betroffen waren. Verträglich-

keitsprüfungen hingegen führte Kuhn häufig gezielt bei chronisch Schwerkranken durch. Zudem fällt der Studie ins Auge, dass auch das Pflegepersonal, vor allem Schwestern, bisweilen Prüfstoffe erhielt – dieser Befund eröffnet ein neues Blickfeld für die Psychopharmakaforschung. Laut Kuhn sei das Pflegepersonal geeignet gewesen, da es sachkundig über die Wirkung eines Präparats Auskunft geben könne. Eine Aufklärung der Betroffenen fand aber nicht immer statt. An diesem neuralgischen Punkt betont die Studie, dass es aus empirischer Sicht schwer zu beurteilen sei, ob und inwieweit die PatientInnen über die Versuche informiert waren. Verschiedene Indizien sprechen aber dafür, dass die PatientInnen bis in die 1980er Jahre nur fragmentarisch informiert wurden. Ein prägnantes Beispiel dafür ist Kuhns Praktik der Einfärbung: 1960 etwa regte er an, eine neue Prüfsubstanz wie das bereits zugelassene «Tofranil» einzufärben, «sodass die Patienten gar nicht merken, wenn sie ein anderes Präparat bekommen» (S. 111).

Wie die Studie in Kapitel 4 darlegt, gab es aber bereits in den 1960er Jahren Bemühungen um eine stärkere Regulierung der klinischen Tests. Der Contergan-Skandal von 1962 schaffte in einer Zeit, in der Medikamente zu Massenkonsumgütern aufstiegen, ein neues Risikobewusstsein. Nach den USA verschärfte auch die *Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel* die Anforderungen bei der Arzneimittelzulassung. Für die Pharmafirmen stellten sich dadurch neue Kosten-/Nutzen-Abwägungen. Damit erklärt die Studie, weshalb die grosse Innovationswelle der Nachkriegszeit in den 1960ern abflachte. Ethische Überlegungen hinkten diesen Entwicklungen nach. Zwar verankerte der Weltärztebund 1964 mit der *Deklaration von Helsinki* das Prinzip des «*informed consent*» (informierte Einwilligung) in der Medizinethik. Dieses Bewusstsein gelangte aber stark verzögert in die Schweiz. Erst 1970 veröffentlichte die *Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften* vergleichbare Richtlinien für Forschungen am Menschen. Kuhns Methoden hielten mit diesen Standardisierungswellen nicht Schritt, er entwickelte sich in den 1960ern allmählich zu einem «anachronistischen Prüfer» (S. 269).

Bevor die Studie in die 1970er Jahre übergeht, liefert sie in Kapitel 5 die nackten Zahlen: Zwischen 1940 und 1980 gelangten knapp drei Millionen Versuchspräparate nach Münsterlingen, die grössten Lieferungen erfolgten zwischen 1957 und 1965. Mindestens 67 Substanzen wurden in Münsterlingen getestet, mindestens 3000 Menschen waren von den Versuchen betroffen. Alle diese Berechnungen sind konservativ, die Dunkelziffern mutmasslich sehr hoch. Für eine saubere statistische Auswertung seien die Quellenbestände schlicht zu wenig zuverlässig. Die Dimensionen der «Versuchsstation Münsterlingen» lassen sich aber ohnehin nur schwer verorten, da zu anderen Kliniken der Schweiz keine vergleichbaren Arbeiten vorliegen. Auch zu den 36 fatalen Zwischenfällen (Kap. 7), die sich kurz oder lang nach einer Prüfung ereigneten, müssen Fragen offenbleiben. Die Todesfälle lassen sich nicht zweifellos mit den Versuchssubstanzen in Verbindung bringen. Die AutorInnen schätzen, dass Kuhn mit Honoraren und Erfolgsbeteiligungen ein privates Vermögen von, auf heute umgerechnet, rund acht Millionen Franken erwirtschaftete. Wiederholt bezeichnete er die Prüfungen als «persönliches Werk» in seiner «Freizeit» (S. 183) und ignorierte dabei die Tatsache, dass der gesamte Betrieb in die Tests involviert war.

In den 1970er Jahren blieben die grossen Durchbrüche aus (Kap. 6). Kuhn war unterdessen Klinikdirektor und hauptsächlich mit der Öffnung der Psychiatrie beschäftigt. Das Zeitalter der Doppelblindstudien drängte den altmodischen Prüfer an den Rand. Nach der Pensionierung 1980 beschäftigte er sich zunehmend mit der eigenen Biografie

(Kap. 8). Kuhn war bis ans Lebensende um seine wissenschaftliche Hinterlassenschaft bemüht.

Silas Gusset, Basel

Marietta Meier, **Spannungsherde. Psychochirurgie nach dem Zweiten Weltkrieg**, Göttingen: Wallstein, 2015, 391 Seiten.

In einer einprägsamen Studie stellt die Wissenschaftshistorikerin Marietta Meier Aufstieg und Niedergang der Lobotomie dar. Als Lobotomie oder Leukotomie wird ein technisch relativ einfacher operativer Eingriff ins Hirn bezeichnet, bei dem die Verbindung zwischen den zwei Hirnhälften, zwischen Thalamus und Frontallappen getrennt wird. Meier analysiert die politischen, wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die breite Akzeptanz dieser folgenschweren Operation an Patienten und Patientinnen der psychiatrischen Kliniken nach dem Zweiten Weltkrieg.

In neun Kapiteln untersucht die Autorin im Wechsel zwischen Mikro- und Makroebene die Entwicklung in den psychiatrischen Kliniken der Schweiz, nicht ohne den Blick auch auf die internationale Diskussion zu werfen. Theoretisch-methodische Grundlagen bilden Michel Foucaults Konzept der «Problematisierungen», Jacques Revels «Jeux d'échelles» und Ludwik Flecks «Denkstile».

Titelgebend ist die Vorstellung der zeitgenössischen Psychiatrie, dass psychische Störungen durch «affektive Spannungen» ausgelöst werden, die im Gehirn lokalisiert werden können. In einer mechanistischen Vorstellung von Gehirnfunktionen sollte die Trennung der beiden Hirnhälften durch den chirurgischen Eingriff die «Spannungsherde» beseitigen können (S. 72 f.). Faktisch stellte man die PatientInnen nur ruhig, entlastete so die überfüllten Kliniken (S. 96), nahm aber die gravierenden Persönlichkeitsveränderungen in Kauf.

Meier verwendet für die Operationen den generalisierenden Begriff «Psychochirurgie», weil er ihr den Einbezug kleinerer Variationen der Operation erlaubt, die eine Verbesserung der traditionellen Lobotomie versprachen, aber auch um nach dem Ende der Lobotomie praktizierte Eingriffe einbeziehen zu können.

In der Schweiz wurden erstmals 1946 Leukotomien durchgeführt. Der Leiter der Zürcher Psychiatrischen Klinik Burghölzli, Manfred Bleuler, hatte sich in Skandinavien in die Techniken einführen lassen und wandte sie kurz darauf selbst vor allem an PatientInnen an, die schon vorher zahlreichen anderen somatischen Behandlungen unterzogen worden waren. Die Leukotomie galt für die PatientInnen als «letzte Chance» (S. 172). Ende 1948 wurden bereits an 19 Kliniken der Schweiz psychochirurgische Eingriffe ausgeführt (S. 107).

Auffallend ist, dass Frauen sehr viel häufiger lobotomiert wurden. Das zeigen zahlreiche internationale Studien (S. 205). In der Schweiz waren es durchschnittlich etwa doppelt so viele (S. 206). Das hänge – so Meier – hauptsächlich damit zusammen, dass ihr Verhalten im Klinikalltag als besonders störend empfunden wurde und dass sie in den Augen des Klinikpersonals häufiger Symptome zeigten, die eine Operation rechtfertigten: Sie waren aggressiv, unsauber und machten einen hohen Pflegeaufwand nötig. Vergleiche zeigen, dass das Verhalten der Frauen nicht anders als dasjenige der Männer war, aber bei Frauen als «kranker» empfunden wurde. Sie verletzten damit nicht nur die Ordnung, sondern auch geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen (S. 211). Am Beispiel der Patientinnen zeigt sich also deutlich, dass es nicht zuletzt eine Frage der Einschätzung der Ärzte und des Pflegepersonals war, wer wann lobotomiert wurde, und dass die Wahrung

von Ruhe und Ordnung in der Institution höher bewertet wurde als das individuelle Schicksal der PatientInnen, auch dann noch, als man sich über die schwerwiegenden Folgen und die Kurzfristigkeit der «Verbesserung» längst im Klaren war.

Laut einer Schätzung wurden seit den 1940er Jahren in Skandinavien über 10'000 Operationen durchgeführt, in den USA etwa 40'000, in Grossbritannien etwa 17'000 (S. 86). Andere Länder folgten nach dem Zweiten Weltkrieg. «Wie viele Patienten insgesamt operiert wurden, lässt sich kaum abschätzen» (S. 95) so Meier. Aus den Jahresberichten der staatlichen Kliniken in der Schweiz geht hervor, dass zwischen 1946 und 1971 über 1200 Eingriffe stattfanden. Meier rechnet aber damit, dass die Anzahl «um einiges» höher war, da die Berichte lückenhaft waren (S. 109). Die Anzahl der Eingriffe lag bis 1951 zwischen ca. 120 und 190 pro Jahr, nahm aber seit 1953 deutlich ab. Neben der Einführung der Neuroleptika, war dafür die zunehmende Skepsis gegenüber den Erfolgsversprechungen der Operation wichtig. Misserfolge «wurden beim Namen genannt» (S. 270) und Ärzte sahen sich nun zunehmend weniger als Verteidiger der Klinikordnung, denn als Vertreter der Rechte der Patienten. Neben dieser auf gesellschaftlichen Veränderungen beruhenden Sichtweise wurde auch eine Wandlung der wissenschaftlichen Paradigmen wichtig. Die intensive Erforschung psychischer Prozesse seit den 1950er Jahren führte zu vermehrten psychotherapeutischen Behandlungen (S. 263). Allerdings ersetzte die Psychotherapie die Lobotomie nicht. Schlug die Behandlung bei «schwierigen» (S. 274) Patienten fehl, folgte nicht selten trotzdem eine Lobotomie.

Auch die Entwicklung von Psychopharmaka änderte das nicht. Sie wurden 1953 zuerst in der Universitätsklinik Basel (S. 279) eingeführt, ab 1954 wandte man sie in allen Schweizer Kliniken an, in Zürich neben den Fieber-, Schlaf- und Schockkuren und – wenn auch immer seltener – auch neben der Lobotomie. Die letzten PatientInnen wurden 1971 lobotomiert. (S. 276).

Bereits einleitend hält die Autorin fest, dass das Ende der Lobotomie die Ära der Psychochirurgie nicht abschloss (S. 11). Es kamen selektivere Techniken zur Anwendung. Meier vermutet, dass die Anzahl der Anwendungen weiter steigen dürfte, falls sich der Trend verstärken sollte, die Tiefenhirnstimulationen, die bisher bei Epilepsie und Parkinson angewendet wird, auch bei psychischen Störungen anzuwenden. Und das, obwohl – wie die Autorin abschliessend festhält – die Lobotomie als «dunkles Kapitel der Medizingeschichte» gilt, «von dem man sich entschieden distanzierte» (S. 316).

Die Studie ist geprägt von der Bemühung um eine nüchterne Darstellung der Entwicklung und der Vermeidung der Historikerin, sich die «Rolle einer Richterin» anzumassen. Eine Bemühung, die auch in Meiers späterer Forschung zu den Medikamentenversuchen in der Klinik Münsterlingen deutlich wird.[6] Die Auseinandersetzung mit der sprachlichen Metaphorik ist ein wichtiger Teil der Analyse. Dass die zahlreichen zusätzlichen Informationen in die Anmerkungen verwiesen wurden, schafft einen sehr gut lesbaren Haupttext.

Die Publikation wurde inzwischen sowohl in der Tagespresse wie in wissenschaftlichen Zeitschriften intensiv rezensiert. Zwei Kritikpunkte, die in den ausnahmslos positiven Würdigungen zur Sprache kamen, möchte ich herausgreifen: Die Autorin habe der Zustimmung zur Operation durch die PatientInnen und der ethischen Frage, ob Psychiatrie-PatientInnen eine (rechtsgültige) Zustimmung geben können, zu wenig Aufmerk-

6 Vgl. dazu die Rezension von Silas Gusset in diesem Heft.

samkeit geschenkt.[7] Ich würde hier ergänzen, das gilt auch für die Frage, wie die Zustimmung von PatientInnen bzw. ihrer Vormünder zustande kam. Die Enttäuschung darüber, dass Marietta Meier der jüngsten Entwicklung der Psychochirurgie (zu) wenig Raum gibt, ist verständlich.[8] Ich teile sie allerdings nicht. Die klare und nüchterne Darstellung der schwerwiegenden Folgen der Operation für die Patienten und Patientinnen, die «Ungeheuerlichkeit» (Hafner) der historischen Therapieformen schärfen den Blick für neuere Entwicklungen, ohne ihn schon durch abschliessende Urteile einzuengen.

Regina Wecker, Basel

Volkhard Knigge, **Geschichte als Verunsicherung. Konzeptionen für ein historisches Begreifen des 20. Jahrhunderts**, hg. von Axel Dossmann im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Göttingen: Wallstein, 2020. 629 Seiten, Abbildungen.

Axel Dossmann hat mit Blick auf die Emeritierung von Volkhard Knigge, dem langjährigen Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie Inhaber der Jenaer Professur für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit, eine umfangreiche Zusammenstellung von Referaten, Gesprächen und Texten von Volkhard Knigge veröffentlicht. Die 48 Texte sind thematischen Teilen zu- und dort chronologisch angeordnet. Dies ermöglicht, Argumentationen thematisch in ihrer Entwicklung über die Jahre hinweg zu verfolgen. Der Titel der Publikation «Geschichte als Verunsicherung» zielt dabei ins Zentrum des Denkens und Handelns von Knigge: Historisches Lernen soll verunsichern – oder anders formuliert, soll die Chance bieten, langgehegte, erlernte, verlangte, immer wieder verteidigte Sicherheiten, aufzuweichen und zur Disposition zu stellen, um ein Geschichtsbewusstsein zu ermöglichen, in dessen Kern die Würde des Menschen, ja, aller Menschen steht.

Der erste Teil befasst sich mit den theoretischen Grundlagen von Knigges Wirken. Dessen Benennung «Geschichtsaneignung, Subjekttheorie und Psychoanalyse» weist auf die einigermassen ungewöhnliche disziplinäre Kombination hin, mit der Knigge die Geschichtsdidaktik verbindet: Wohl wesentlich getrieben von seiner Frage nach dem sogenannten «trivialen Geschichtsbewusstsein» hatte er sich früh auch der Psychoanalyse zugewendet. Fragen nach individuellen Verarbeitungsprozessen, nach Umdeutungen von historischer Evidenz sowie nach der Zurückweisung (offiziell) vertretener Geschichtsdeutungen erhalten damit eine völlig neue und wichtige Dimension.

Die Texte des zweiten Teils kreisen um Knigges Konzept der «negativen Erinnerung» und die Formen des selbstkritischen Umgangs damit. In der Thematisierung der Ermordung der europäischen Juden – und im differenzierenden Vergleich von Gesellschaftsverbrechen des 20. Jahrhunderts – geht es ihm einerseits um die Kenntnisnahme spezifischer Voraussetzungen und Rahmenbedingungen «unannehmbarer Geschichte» (Kertész), die er letztlich nur mit einer willentlichen Selbstverunsicherung für bearbeitbar hält. Es gelte, aufgrund der Sorge um sich selbst Geschichte als historisch informierte Grundlage von Entstehungsmöglichkeiten und -bedingungen von Gegenmenschlichkeit zu nutzen. Auch und vor allem, um den Zustand der «Entborgtheit» und «Bodenlosigkeit» (S. 69) aushalten zu können, der nach Hannah Arendt aus der Einsicht in die abso-

7 Eric J. Engstrom: M. Meier: Spannungsherde, auf www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-23634 (12.11.2020).

8 Urs Hafner, Schnitt ins Hirn, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. August 2016, auf https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/eine-geschichte-der-psychochirurgie-schnitt-ins-hirn-ld.109980 (12.11.2020).

lute Sinnlosigkeit des nationalsozialistischen Mordens resultiert, und um derart solidarische, verantwortungsbewusste Existenz als einzige Möglichkeit zu erkennen und zu leben.

Knigge hat sich nie gescheut, deutliche Worte zu finden für sein Anliegen einer Förderung einer demokratischen und den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft mittels individueller und gesellschaftlicher Selbstverunsicherung angesichts der Befassung mit verstörender Geschichte. Mit Klarheit formuliert er dies auch in jenen Texten, die sich mit Teilaspekten dieses Ziels befassen: So etwa in seinem Beitrag zur Problematik des Umgangs mit Zeitzeugen, oder, wie im dritten Teil, zu Spuren, Artefakten und Denkmälern. Er vertritt mit Nachdruck, dass zwar der Umgang mit diesen Elementen darauf beruhen müsse, dass sie, entsprechend ihrer spezifischen Charakteristik wichtig genommen und als Überreste bzw. Zeugen von Vergangenheit wertgeschätzt werden. Gleichzeitig sei aber eine wissens- und theoriebasierte, sinnermöglichende Inszenesetzung unverzichtbar, damit von ihnen Aussagen entgegengenommen werden können, die historisches Lernen unterstützen. Dabei gehe es immer auch darum, neben dem Zeigen des Vorhandenen, Fehlendes, Leerstellen und Abwesendes erkenn- und reflektierbar zu machen.

Der vierte Teil befasst sich mit Knigges Reflexionen über die Erinnerungskultur, wie sie sich in den letzten rund zwanzig Jahren entwickelt hat. Angesichts der Normalisierung der Befassung mit dem Nationalsozialismus und der Shoa (über staatliche Förderung des Gedenkens und die Festschreibung der Thematik als Pflichtteil von Curricula von Schulen) und ihrer gleichzeitigen Historisierung (als sichtbarstes Zeichen wird jeweils das (Ver-)Schwinden der Täter und Opfer, also der Zeitzeugen genannt) kritisiert Knigge das, was er als «Erinnerungsimperativ» bezeichnet. Er fordert, Erinnerung mit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu ersetzen und dabei mit einem «nicht kognitivistisch verengten Begriff von Geschichtsbewusstsein» (S. 217) die komplexe Verknüpfung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft diskutier- und verstehbar zu machen. Die Verfügung über Wissen und die Klärung des eigenen und gesellschaftlichen Wertehorizontes erlaube erst eine sinnhafte Erkenntnis darüber, dass das gesellschaftliche Versagen in Gestalt des deutschen Nationalsozialismus überwunden sei, gleichzeitig aber eine gegenwärtige Möglichkeit ist, der entgegenzutreten in der Gegenwart unabdingbar ist (S. 218). Welche Rahmung und welche (didaktischen) Prinzipien sich aus dieser Zielrichtung für eine Pädagogik «nach Auschwitz» (S. 219) ergeben, skizziert Knigge auf äusserst bedenkenswerte Weise. Dabei bezieht er den Sachverhalt mit ein, dass in jüngster Zeit zusätzlich auch trivialisierende Thematisierungen in der Geschichtskultur die wissensbasierte und werteorientierte Korrektur erforderlich machen. Dies mit der Absicht, die Potentiale der «Erinnerung» für die kritische Auseinandersetzung mit Geschichte und damit für ein gesellschaftliches Handeln im Sinne steten Bemühens um die Geltung von Menschenwürde und Demokratie zu nutzen.

Der fünfte Teil gilt vor allem der Kunst nach dem Zivilisationsbruch bzw. dem künstlerischen Schaffen ehemaliger KZ-Häftlingen wie Imre Kertész, Jorge Semprún, Jósef Szaina u. a. Hier setzt auch die Auseinandersetzung Knigges mit dem lange gepflegten und erst in den 1990er Jahren überwundenen Selbstbild von Weimar ein. Die Stadt wollte sich lange in völliger Abgrenzung zum Konzentrationslager und in der Betonung von Unkenntnis und Schuldlosigkeit bezüglich der Vorgänge in und um Buchenwand als Kulturstadt Goethes, als Zentrum der Klassik verstanden wissen und war nicht bereit, über die schwierigen Verflechtungen zwischen Weimar und Buchenwald nachzudenken.

Die Fiktion der geteilten Welten Weimar und Buchenwald, in der die einen nichts von den anderen gewusst haben wollten, spielt auch in Texten eine Rolle, die sich mit der

spezifischen Funktion von Gedenkstätten, mit museums- bzw. gedenkstättenpädagogischen Überlegungen sowie konzeptionellen Fragen befassen (Teil sechs). Eine wesentliche Grundlage spielt dabei die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Motivationen der Besuchenden. Ausserdem berichtet Knigge von den permanenten Forschungsanstrengungen der Institution, die sich der Dokumentation der Häftlinge und ihrer Schicksale, den Vorgängen in Buchenwald und Mittelbau-Dora, der Entwicklung der Örtlichkeiten nach 1945 sowie der Aufarbeitung der historischen Instrumentalisierung von KZs seit der Gründung der beiden deutschen Staaten widmen. Buchenwald hatte gemäss Knigge der DDR als Legitimation ihrer Existenz als «besseres Deutschland» gedient, indem sie sich auf die dort inhaftiert gewesenen Kommunisten fokussierte und das Gedenken an die übrigen Häftlinge aussparte. Die Dekonstruktion des staatlich verordneten Gedenkens der DDR nach der Wiedervereinigung paarte sich mit der Eröffnung der Diskussion um die ambivalente Moderne in Weimar. Dabei (insbesondere im siebten Teil) legt Knigge seine Überzeugung dar, dass nur die öffentliche Auseinandersetzung mit der breiten und (teilweise) begeisterten Unterstützung der deutschen Bevölkerung für den Nationalsozialismus und mit der staatlich instrumentalisierten kommunistischen Heldenerzählung während den DDR-Zeiten ermöglichen würde, als Gesellschaft zu einem selbstkritischen und dezidierten Einstehen für Menschenrechte und Demokratie zu gelangen.

Der Band wird abgeschlossen mit Interventionen Knigges (Interviews und «Thüringer Erklärung») in aktuellen Auseinandersetzungen um Geschichtsrevisionismus, völkisches und nationalistisches Gedankengut und Verneinung von Menschenrechten vor allem seitens der AfD – auch gegen deren Versuche, das KZ Buchenwald zu instrumentalisieren, um ihre Ideologie dort zu zelebrieren. Volkhard Knigges klares Denken und überzeugtes Einstehen für die Menschenwürde und sein historisch begründeter Kampf gegen Demokratie- und Menschenrechtsgegner ist mit diesem Band gewürdigt worden. Die Auseinandersetzung mit den darin vereinigten Texten ist notwendig und überaus gewinnbringend.

Béatrice Ziegler, Bern

Sabina Bellofatto, **Die italienische Küche in der Schweiz. Wahrnehmung – Vermarktung – Etablierung**, Zürich: LIT, 2017 (Zürcher Italienstudien; Bd. 3), 347 Seiten, 54 Abbildungen.

Mit ihrer 2015 an der Universität Zürich verteidigten Dissertation über die italienische Küche in der Schweiz hat Sabina Bellofatto einen auf breiter Quellenbasis erarbeiteten Überblick über die Geschichte der Wahrnehmung, Vermarktung, Rezeption und Etablierung italienischer Speisen in der Schweiz verfasst, der auch jenseits eines Fachpublikums auf Resonanz stossen wird. Ihr Fokus liegt auf der imaginären Dimension, d.h. auf der Entstehung und Veränderung kulinarischer Fremd- und Selbstbilder, die sie im Kontext der dominanten italienischen Migration in die Schweiz für den Zeitraum vom sog. Italiener-Abkommen 1948 bis Mitte der 1970er Jahre untersucht. Dabei versteht sie weder die Schweiz noch Italien als einen einheitlichen Raum mit homogener Nationalküche; vielmehr interessiert sie sich für spezifische transnationale Austauschprozesse und regionale Differenzierungen, wobei der Schwerpunkt klar auf der Deutschschweiz liegt. Ihre Untersuchung stützt sich, neben einer Vielzahl von (lokalen) Printmedien, vor allem auf den auflagenstarken *Schweizerischen Beobachter* und die Migros-Zeitung *Wir Brückenbauer*. Weiter wurden zahlreiche Kochbücher, Speisekarten und Reiseführer sowie Archivalien der Rorschacher Konservenfabrik herangezogen, die als erstes Unternehmen

in der Schweiz Teigwaren in Dosen anbot. Ergänzt werden diese Quellen durch statistisches Material und die Jahresberichte der Migros und Coop sowie der italienischen Tourismuszentrale (ENIT).

Bellofatto verbindet in ihrer Studie migrations- und konsumhistorische Perspektiven und definiert die kommerziell angebotene italienische Küche als ein «Massekonsumprodukt» (S. 19), das nach 1945 – nicht nur in der Schweiz – mit Vorstellungen von Modernität und hedonistischem Genuss verknüpft wurde und damit Distinktionsbedürfnisse der Konsument:innen erfüllte. Die Arbeit ist thematisch, nicht strikt chronologisch aufgebaut und beginnt mit einem Kapitel, das Schweizer Hetero- und Autostereotype über *die* italienische und Schweizer Küche mittels prägnanter Quellenzitate – «wir essen Rösti und keine Vögel und Katzen» (zit. nach S. 62) – herausarbeitet. Zudem zeigt die Autorin, wie im Laufe der 1960er Jahre die Ernährungsgewohnheiten der italienischen Migrant:innen zunehmend ins Visier migrationsfeindlicher politischer Bewegungen gerieten. Die Bedeutung kulinarischer Stereotype für die Klassifizierung bzw. Abqualifizierung bestimmter Gruppen wird hier sehr klar herausgestellt. Weniger überzeugend ist hingegen die Kopplung wachsender Überfremdungsängste mit der zunehmenden Zahl von Migrant:innen aus dem Süden Italiens; hier wäre m. E. eine stärkere Reflexion auf rassistische Eigenlogiken denn auf die tatsächliche Grösse einer bestimmten Migrantengruppe angezeigt, denn bekanntlich gedeiht Rassismus auch ohne die Präsenz als 'anders' gelabelter Personen.

In einem besonders reich illustrierten Kapitel wertet Bellofatto bisher noch wenig beachtete Werbeanzeigen und -filme für italienische bzw. italienisch kodierte Lebensmittel aus und zeigt, wie Amerikanisierungs- und Internationalisierungsstrategien bei der Vermarktung mit der Zuschreibung von *italianità* interagierten. Spannend ist die für die Schweiz spezifische Rolle des Tessins, wurden doch in den frühen 1950er Jahren die Ravioli der Rorschacher Konservenfabrik noch mit Tessin-Bildern und damit als einheimische Spezialitäten beworben, bevor Ende der 1950er Jahre italienische Motive gewählt wurden – zeitgleich mit dem deutlich gewachsenen Italientourismus.

Im Zuge des Auslandstourismus fanden Eierspeisen und Kartoffeln Eingang in die Speisekarten in Italien, wie die Autorin zeigt. In der Schweiz wiederum vervielfältigte sich das Gemüse- und Obstangebot; ab 1960 wurden Artischocken, Fenchel, Peperoni, Zucchetti und Auberginen nicht nur aus Italien importiert, sondern auch selbst angebaut. Die anschliessende Analyse der Schweizer Kochbuchliteratur zeigt zum einen, dass bereits seit Ende der 1940er Jahre Tessiner Gerichte, bald auch als italienisch deklarierte Speisen einen festen Bestandteil von Rezeptsammlungen in der Schweiz bildeten – und damit früher als in anderen Ländern. Zum anderen thematisiert Bellofatto die zahlreichen Adaptionen, die vorgenommen wurden, wie die Verwendung von Tomatenpüree statt frischer Tomaten oder die Popularisierung (und Helvetisierung) der Pizza als einer Art Wähe.

Das letzte Kapitel der Dissertation widmet sich der Geschichte der italienischen Gastronomie (in Zürich) und des Handels mit italienischen Lebensmitteln. 1963 war die Schweiz nach der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich der drittgrösste Abnehmer italienischer Erzeugnisse. Bellofatto unterstreicht die Rolle italienischer Migrant:innen für diesen intensivierten Aussenhandel: Das Warensortiment bei Coop und Migros wurde nicht zuletzt aufgrund dieses Kundenkreises italianisiert, wie sie anhand von Werbeanzeigen, die sich explizit an eine italienische Kundschaft wendeten, belegt. Spätestens Mitte der 1970er Jahre aber war die Nachfrage auch auf Seiten der nicht-italienischen

Bevölkerung der Schweiz so weit gestiegen, dass italienische Produkte sich fest im Schweizer Warensortiment etabliert hatten.

Indem Bellofatto die Analyse der widersprüchlichen Italienbilder und -narrationen, wie sie in der Werbung einerseits und in Diskursen über Assimilation und Überfremdung andererseits zirkulierten, mit quantitativen Aussagen über den wachsenden Aussenhandel verknüpft, gelingt ihr eine mehrdimensionale und zugleich anschauliche Darstellung der Geschichte der italienischen Küche in der Schweiz. In Übereinstimmung mit vergleichbaren Transferstudien kommt die Autorin zu dem Schluss, dass nicht *die* italienische Küche in die Schweiz importiert wurde, sondern etwas kulinarisch Neues geschaffen wurde: eine schweizerisch-italienische «Koproduktion» (S. 260). Das Ziel, die Beteiligung der italienischen Migrant:innen an dieser Koproduktion aufzuzeigen, hat Bellofatto erreicht, auch wenn sie die Rolle italienischer Migrant:innen als aktive Vermittler:innen in den von ihr untersuchten kulinarischen Hybridisierungsprozesse eher gering einschätzt; die lediglich temporären Aufenthaltsbewilligungen wie auch Überfremdungsängste auf Schweizer Seite hätten einer solchen kulturellen Mittlerfunktion enge Grenzen gesetzt.

Viele Fragen nach konkreten Transferwegen und Modi der Beeinflussung und Aneignung müssen aufgrund fehlenden Quellenmaterials zwangsläufig offenbleiben. Auch die avisierte regionale Differenzierung – und damit eine genauere Beschreibung der in der Forschung meist pauschalisierend als transnational deklarierten Austauschprozesse – bleibt eher blass. Dasselbe gilt für Differenzierungen nach Schicht oder Geschlecht, die nur in Ansätzen einbezogen werden. Überraschend ist zudem das Ende des Buches, das mit der Feststellung schliesst, dass es nicht zuletzt die Vielfalt und Kombinationsmöglichkeiten sind, welche die italienische Küche so erfolgreich machen. Denn dasselbe liesse sich auch für die türkische Küche behaupten, die trotzdem global keinen vergleichbaren Siegeszug angetreten ist. Es scheinen demnach weniger intrinsische Merkmale einer (stets im Wandel befindlichen) Küche zu sein als vielmehr kontextspezifische soziokulturelle und ökonomische Bedingungen, die einer Küche zum Durchbruch verhelfen – Faktoren also, welche die Autorin mit ihrer detaillierten Analyse der Italien-Images und des Warenhandels überzeugend herausgestellt hat.

Maren Möhring, Leipzig

Zoé Kergomard, **Wahlen ohne Kampf? Schweizer Parteien auf Stimmenfang, 1947–1983**, Basel: Schwabe, 2020, 444 Seiten.

Die Spuren- und Fährtensuche nach Wahlkampf in der Schweiz war für Zoé Kergomard sehr ergiebig. Die Wahlkämpfe seit den 1940er bis in die 1990er Jahre galten hierzulande als «Nichtereignis», als «uninteressante» oder «höfliche Angelegenheit». Für «zelebrierten Wahlkampf» schien sich in der historischen Politikforschung kaum jemand zu interessieren. Diese «erstaunliche Forschungslücke» (S. 24) hat Zoé Kergomard mit ihrer Dissertation 2018 bei Damir Skenderovic und Brigitte Studer an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg i.Ü. gut angefüllt, selbstverständlich aber noch nicht geschlossen.

Weil Parteien nicht in der Lage sind, Wählerstimmen durch «nichts tun» zu gewinnen, bot sich der Historikerin im Wahlkampf-Tun ein weites Feld. Sie hat es mit ihrem Forschungsansatz breit, etwas zu breit abgesteckt. Vorgenommen hat sie sich, Wahlkampf-Spannungsfelder über ein halbes Jahrhundert unter parteipolitischen, organisationalen, kommunikativen, inhaltlichen, technischen und gesellschaftlichen Aspekten in der vermeintlich «erstarrten Schweizer Politik» darzustellen. Um den weitschweifenden Blick

nicht zu verlieren, waren Einschränkungen unerlässlich. Sie fokussierte auf die vier grössten Parteien (CVP, FDP, SP, BGB / SVP), vier «historische Momente» (1947 Nachkriegswahl, 1959 Antikommunismus und Zauberformel, 1971 die Folgen von «1968» und die Frauenwahl, 1983 die beginnende Polarisierung und das Aufkommen der Grünen) und schliesslich drei Kantone mit je kulturellen, sprachlichen sowie konfessionellen Eigenheiten (Tessin, Waadt, Zürich).

Die «Kampagnenmaterialien» untersuchte sie mit den Methoden der Textanalyse, *Visual History*, narrativer Analyse und einem «entnaturalisierten Blick». Allerdings verschaffte der «entnaturalisierte Blick» als historisch-wissenschaftliche Erkenntnismethode, was immer damit gemeint sein mag, dem Rezensenten keinen analytischen Mehrwert; eine entsprechende Eingabe auf Duden.de ergab «keine Treffer». Die Forschungsreise dauerte sieben Jahre und die Expeditionsergebnisse werden – nach der Einleitung (weshalb eine Geschichte des Wahlkampfs?) und einer «historischen Einbettung» der Parteien – in fünf grossen Kapiteln und einem Schlusskapitel «Parteien und Wahlkämpfe im Wandel» auf 442 Seiten präsentiert. Dem Thema angemessen inszeniert Kergomard die Hauptkapitel entlang der «exemplarischen Handlungsphasen eines Wahlkampfs»: Vorbereitung (Ziele, Ressourcen), Definieren (Wählerschaft), Darstellen (von sich und der Welt erzählen), Verkörpern (Kandidierende) und Mobilisieren (Parteifeste / -kongresse, Alltag).

Die Untersuchung des riesigen Kampagnenmaterials bringt ihrerseits eine grosse Materialfülle hervor – eine Art Historien-Supermarkt mit schier unerschöpflichem Angebot. Geboten wird bereits Entdecktes: z.B. der SP-Wahlkampf 1959 mit Unterstützung der amerikanischen Werbeagentur *NOWLAND Organization*. Letztere versprach für das SP-Parteiprogramm die «besten Wirkungsbedingungen bei dem beeinflussbaren Wähler». Man wollte «einmal etwas Neues» wagen. Ein Problem sahen die «Parteikader» nur im «amerikanischen Ursprung» der Agentur. Sie befürchteten, die Bürgerlichen könnten dies im Wahlkampf «zum Schaden der SP» ausnutzen. Der «marktorientierte Charakter der Firma» oder ihre «Distanz zur Arbeiterbewegung» fielen nicht ins Gewicht (S. 98). Die FDP arbeitete mit der GfS (Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung) zusammen. So half in der «unübersichtlichen, vermassten Gesellschaft», «ein repräsentatives Echo auf die eigenen Massnahmen» zu erhalten. Die Autorin macht für den Wahlkampf 1959 einen «neuen Wettbewerb» aus, zwischen den Parteien und zwischen «Umfragefirmen».

Erkenntnisse liefert auch der Wahlkampf 1971. Der «Eintritt der Frauen in den politischen Markt» verlieh ihm einen «ausserordentlichen Charakter». Er sollte zum «spannendsten Wahlkampf in diesem Jahrhundert» werden, schrieb ein SP-Sekretär (S. 121). Die «erhoffte Neulegitimierung der etablierten Politik» ist nach Kergomard 1971 nicht eingetreten. Aber das «dominante Staatsbürgergesellschaftsmodell des Bürger-Soldaten wurde in Frage [gestellt] und verankerte dauerhaft die Frage der politischen Repräsentation von Frauen in die politische Agenda» (S. 374). Im Ergebnis war der «historische Moment» der 1971er-Wahl nicht weltbewegend, immerhin brachte der Wahlkampf eine Premiere. Nach der helvetischen Malaise der 1960er Jahre mit ihrer «Krise der Parteien» und den «desinteressierten, wählerischen Standardbürgern», gaben sich die Parteien offen und «entideologisiert». «Die CVP ging in diesem Punkt am weitesten.» Sie schlug im Wahlkampf «Koalitionsgespräche» vor, denen ein «gemeinsames Regierungsprogramm» folgen sollte (S. 373).

Die Studie bietet auch Feuilleton; z.B. Wahlwerbekonzepte (FDP: «Zurück zum Wähler», 1983!); die «ersten (und letzten) Werbespots» (1971); Werbemittel (orange «Poschettli» für Männer, für Frauen orange Tüchlein mit der Aufschrift «Damen!») Welche Partei lockte wohl 1971 – neben den Männern – nicht Frauen, sondern Damen an die Wahlurnen? Die SRG wagte ein «Experiment»: Sie erlaubte den Parteien «Portrait-Spots im Radio und Fernsehen (direkt nach der Tagesschau)». Max Frisch trat für die SP als «parteiloser Wähler» auf. Die FDP lies «einfache Bürger» Partei-Postulate vorstellen. Die Liberalen zeigten eine «Wettervorhersage». Der LdU produzierte ein «TV-Partnerquiz». Ein Clown warb für ein Sowohl-als-Auch der BGB: «Europäische Zusammenarbeit: Ja – aber auch nationale Unabhängigkeit» (S. 210f.).

Die Masse der verschiedensten Ergebnis-Spots fordern selbst den sehr interessierten Leser. Der Grund liegt in der komplexen Grundstruktur und den (zu) vielen Ebenen, die in der Studie verwoben sind. Hilfreich wäre ein detaillierteres Personen- und Sachregister gewesen, um zu finden, bevor die Suche losgeht. Die dichten, klar formulierten Zwischenfazite sowie die stringenten Schlussreflexionen sind die grösste Stärke des Buches. Dazu gehört unter anderem die Erkenntnis, dass die Wahlkämpfe in der Schweiz «höchst kantonal geprägt und heterogen» bleiben (S. 381). Dem Wahlkampfforschungsfeuerwerk von Zoé Kergomard ist deshalb zu wünschen, dass vertiefende Studien folgen und weiter Licht in diese «zentralen Momente» (S. 139) der Politik bringen. Denn Wahlkämpfe sind mehr als «Rituale» (S. 36). Sie sind in einer demokratischen Gesellschaft die Orte, «um sich selbst zu beobachten und sich in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft neu zu denken» (S. 39).

Hilmar Gernet, Hergiswil NW

Heinrich Hartmann. **Eigensinnige Musterschüler. Ländliche Entwicklung und internationales Expertenwissen in der Türkei (1947–1980)**, Frankfurt am Main / New York: Campus, 2020 (Globalgeschichte, Bd. 31), 460 Seiten, 32 Abbildungen, 2 Tabellen.

Heinrich Hartmann untersucht in der zu besprechenden Studie die ländliche Modernisierung in der Türkei während der Nachkriegszeit und die Rolle der internationalen Entwicklungshilfe in diesem Prozess. Die Objekte seiner Untersuchung sind Experten der Entwicklungshilfe, zumeist US-Amerikaner, philanthropische Stiftungen wie die *Rockefeller Foundation*, zahlreiche internationale Organisationen wie die *Ford Foundation* und der *Population Council* sowie die *Food and Agriculture Organization* (FAO), die *World Health Organization* (WHO) und die *Organization for Economic Co-operation and Development* (OECD). Die ländliche Modernisierung umfasst dabei die Landwirtschaft, die Gesundheit und die Bevölkerungsstatistik sowie viele andere Bereiche wie Schule, die Ausbildung im traditionellen Beruf der Hebammen, Aufklärung über Fortpflanzung und Verhütungsmittel für Frauen. Hartmann interessiert sich für Prozesse der Wissensgenerierung und geht davon aus, dass es kein «globales» Wissen gibt. Er will das «Wissen» aus den verschiedenen Blickwinkeln der Wissenschaftler und internationaler Experten lokalisieren.

Das Quellenmaterial ist dicht und heterogen. Es besteht aus Archivalien und Publikationen der oben erwähnten Organisationen, Akten der amerikanischen *Presidential Libraries* und wissenschaftliche Studien. Letztere umfassen Monographien zu einzelnen Dörfern, Untersuchungen aus der «Dorfsoziologie» sowie statistische Erhebungen. Der Autor verweist auf die Problematik dieses disparaten Quellenkorpus: «Weite Teile Zentralanatoliens sowie des kurdischsprachigen Südostens bleiben untererforscht.» (S. 39).

Das erste Kapitel nimmt den Marshallplan zum Ausgangspunkt, um den Kontext der Nachkriegszeit darzulegen. Im Zentrum der Analyse stehen die *Rockefeller Foundation* und ihre Rolle im Ausbau des türkischen Gesundheitswesens, die Rolle internationaler Experten in der landwirtschaftlichen Modernisierung sowie die Bedeutung von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen in der Entwicklung der «Dorfsoziologie» und der Bevölkerungsstatistiken. Der daraus entstandene wissenschaftliche Diskurs über 'das Dorf' hat die folgenden Jahrzehnte geprägt, und zwar insbesondere hinsichtlich der landwirtschaftlichen Modernisierung.

Im zweiten Kapitel geht es um den Zeitraum von 1947 bis 1958. Der Marshallplan definierte die Rolle der Türkei als «Kornkammer» für Europa und schrieb ihr somit einen festen Platz in der europäischen Wirtschaftsordnung zu. Die Modernisierung scheiterte jedoch aus mehreren Gründen: das schnelle Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion in einigen Ländern Europas, vielschichtige Hindernisse auf dem Land (etwa die gescheiterte Vermittlung, wie Traktoren zu bedienen sind), die Mobilität der Bevölkerung und die Bestrebungen der türkischen Regierung, die Modernisierung in der Türkei vom Marshallplan zu entkoppeln. Wissensgeschichtlich war die Entwicklung insofern von Bedeutung, als statistische Methoden wichtige Bestandteile von Modernisierungsprogrammen wurden. Strukturelle Probleme wie die versteckte Arbeitslosigkeit wurden zum ersten Mal als Hemmschuhe erkannt.

Das dritte Kapitel handelt vom Zeitraum 1958 bis 1963. Die internationale Entwicklungshilfe wurde nun geprägt vom Erstarken der Bundesrepublik Deutschland, die von nun an eine Führungsrolle einnahm. Dabei spielten ehemalige Exilwissenschaftler in der Türkei und Landwirtschaftsexperten eine entscheidende Rolle. Sie stärkten die institutionellen und akademischen Kooperationen. Aus wissenshistorischer Sicht sind Entwicklungen in der Verhaltensforschung zu erwähnen. Der Schwerpunkt lag nun vermehrt auf Gesundheits- und Geburtenprogrammen.

Im vierten Kapitel stellt der Autor die späten 1960er und 1970er Jahre als Hochphase neuer Entwicklungsprojekte und verschärfter Nationalisierung dar. Die Entwicklungshilfe wurde geprägt von neuen Ansätzen der Modernisierungstheorie, insbesondere von der Dorfsoziologie und von Studien zu «knowledge», «attitudes» und «practices». Die Türkei wurde somit zu einer interessanten Fallstudie für die Anwendung neuer Methoden (Fragebogen, Interview, Lochkarte).

Das Buch bietet eine grosse Dichte von Informationen über die Modernisierung der Landwirtschaft in der Türkei, in welcher Wissenschaft und internationale Entwicklung eine bedeutende Rolle spielten. Die «nichttürkische» Perspektive schadet indes dem Anliegen des Autors, eine «transnationale Geschichte der türkischen ländlichen Entwicklung» (S. 17) zu verfassen. Für ein solches Anliegen ist gerade der Einbezug von lokalen Perspektiven in die Untersuchung von Bedeutung, um dem Anspruch der transnationalen Geschichtsschreibung zu erfüllen. Die immer wieder zu findenden Verweise auf lokale sozialpolitische Entwicklungen zeigen, dass ohne die Berücksichtigung der «türkischen» Perspektive viele Phänomene der Wissensgenerierung nicht möglich wären. Eine Vertiefung lokaler Aspekte hätte geholfen, die Misserfolge und das Scheitern der Entwicklungsprojekte konkreter zu erklären.

Ein für die türkische Landwirtschaft wichtiges Produkt ist schliesslich Opium. Seine Bedeutung war seit dem frühen 20. Jahrhundert auch Thema internationaler Expertendiskurse. Der Anbau wurde in der Nachkriegszeit von der internationalen Staatengemein-

schaft verboten.[9] Das Thema wird vom Autor jedoch nicht angesprochen. Dabei hätte seine Berücksichtigung erlaubt, die internationale Entwicklungshilfe im Hinblick auf das «Kurdenproblem» zu problematisieren. Das Verbot des Opiumanbaus führte nämlich zur Verarmung der breiten ländlichen Bevölkerung in mehrheitlich kurdischsprachigen Regionen, was die bewaffneten Konflikte in dieser Region nährte.

Nichtsdestotrotz machen detaillierte Schilderungen und ausführliche Kontextualisierungen das Buch zu einer wichtigen Studie, nicht nur für Türkeiforschende, sondern auch für die HistorikerInnen der internationalen Entwicklungshilfe.

Elife Biçer-Deveci, Zürich

Georg Kreis, **Gerechtigkeit für Europa. Eine Kritik der EU-Kritik**, Basel: Schwabe, 2017, 329 Seiten, 17 Abbildungen.

Ratlosigkeit herrscht, wie es mit dem europäischen Integrationsprozess weitergehen soll. Grossbritannien hat die EU verlassen, rechtspopulistische Regierungen fordern «Brüssel» heraus, auch die Schweiz hadert mit ihrem Verhältnis zu Europa. Das Buch von Georg Kreis ist deshalb aktueller denn je. Der Autor widerspricht einer generalisierenden EU-Kritik und fordert nicht mehr (aber auch nicht weniger) als Gerechtigkeit gegenüber einem der komplexesten politischen Projekte der europäischen Geschichte, auf zwischenwie auch auf überstaatlicher Ebene. Kreis' Buch stellt eine eingängige, gut lesbare Mischung zwischen zeitgeschichtlicher Analyse und politischem Plädoyer dar. Der Autor stützt sich neben umfangreicher Literatur zur Entwicklung der EU vor allem auf Medienberichte, um die öffentliche Diskussion in den EU-Ländern zum europäischen Integrationsprojekt zu dokumentieren.

Kreis nimmt drei zentrale Motive der EU-Kritik auf und widmet ihnen jeweils eines der Hauptkapitel seines Buches. Dabei geht es um die allgemeine Skepsis gegenüber dem Integrationsprojekt, den Ruf nach mehr Demokratie sowie das Stocken der politischen Einigung. Den Beginn eines allgemeinen Missmuts datiert Kreis auf den Beginn der 1990er Jahre. Vorher habe es in erster Linie punktuelle Kritik an einzelnen Politikfeldern gegeben, die nicht mit einer allgemeinen Infragestellung des Integrationsprojekts verbunden gewesen sei. Der Autor erläutert, wie die EU verschiedensten politischen Strömungen als Projektionsfläche diente. Stichworte wie «Bürokratie», «Überregulierung» oder «Zentralismus» sind bekannt. Ein konstanter Ruf nach Reformen begleitete das Integrationsprojekt. Kreis wirft auch die Frage nach einer europäischen Identität auf. Wieviel Emotion, wieviel Identifikation braucht der Integrationsprozess? Kenntnisreich referiert der Autor die Publikationen dazu, die seit den 1970er Jahren entstanden sind. Als Beigabe gibt er auf den folgenden Seiten eine Reihe treffender, oft sehr pessimistischer Karikaturen aus den 1970er und 1980er Jahren wieder, die sich mit dem Zustand der Gemeinschaft befassen: So entpuppt sich beispielsweise das Europäische Parlament als Papptempel im griechischen Stil, hinter dessen Staffage die nationalen Regierungen weiterhin das Sagen haben.

Im Folgenden befasst sich Kreis eingehend mit dem Diskurs fehlender Mitspracherechte, wobei der Titel des entsprechenden Kapitels – «Das *vermeintliche* Demokratiedefizit» – in nicht ganz unproblematischer Weise bereits das Resultat der Analyse und die damit einhergehende Kritik Kreis' an der direkten Demokratie vorwegnimmt. Bereits in der Frühzeit des Integrationsprozesses waren sich verschiedene Interessengruppen unei-

9 Vgl. Walter Posch, Narcos: Türkei, in: Zenith 22/2 (2020). S. 24–29, hier S. 25.

nig, ob Europa besser *bottom-up* oder *top-down* verfasst sein sollte. 1975 wurde beschlossen, Direktwahlen ins Europäische Parlament durchzuführen, 1979 fanden diese zum ersten Mal statt – die Wahlbeteiligung ist seither von ursprünglich 62 % konstant zurückgegangen.

Kreis führt an, dass die politische Öffentlichkeit auf gesamteuropäischer Ebene schwach ausgeprägt sei, und dass die ausbleibende Diskussion in der Bevölkerung ein wichtiger Grund für die fehlende Beteiligung sei. Das Thema wird anhand verschiedener Abstimmungen ausgeführt und kommentiert. Immer wieder wird extensiv auf die *Neue Zürcher Zeitung* als Quelle zurückgegriffen, was zu einer etwas einseitigen Darstellung der Schweizer Aussensicht führt. Wichtig ist Kreis' Hinweis auf die EU-Volksrechte, insbesondere auf die sogenannte Bürgerinitiative. Eine solche kann seit 2011 bei der Europäischen Kommission eingereicht werden, bedarf einer Million Unterschriften aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsländer und hat zwar symbolischen, aber keinen verpflichtenden Charakter.

Abschliessend geht Kreis auf die Frage der politischen Union ein, die seit den Gründungsjahren gefordert wie auch gefürchtet wird. Von Beginn an wurde die wirtschaftliche Union gegenüber der politischen Union priorisiert. Es gab jedoch zu keinem Zeitpunkt eine einheitliche Vorstellung davon, in welche Richtung der Integrationsprozess führen würde, wie umfassend er sein sollte und mit welcher Geschwindigkeit er ablaufen würde. Die Europäische Politische Zusammenarbeit von 1970 (die erst 1986 vertraglich verankert wurde) bedeutete, wie Kreis zutreffend festhält, bloss «leicht ausgebaute Konsultation und leicht verbesserte Koordination» (S. 223), die sich überdies bloss auf aussenpolitische Fragen bezog. Besonders explizit wurden Erweiterung und Vertiefung im Hinblick auf die Osterweiterung zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegeneinander in Stellung gebracht. Eine andere Variante war die seit den 1990er Jahren immer wieder formulierte Idee eines «Kerneuropa», das stärker politisch integriert sein sollte als die restlichen Mitgliedstaaten. Im März 2017, zur Feier des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römer Verträge, veröffentlichte die Kommission ein Weissbuch mit verschiedenen Szenarien zur Zukunft der EU. Diese reichen von Weiterentwicklung in kleinen Schritten bis zum flächendeckenden Integrationsschub in allen Politikbereichen. Auch unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten werden explizit thematisiert.

Kreis ruft mit seinem Buch zu mehr Fairness auf. Selbstverständlich kann und soll die EU kritisiert werden, aber mit Augenmass. Nicht jedes Scheitern dürfe dazu führen, der EU die Existenzberechtigung abzusprechen. Denn nicht nur das «Nichtfunktionieren», auch das Funktionieren in vielen Politikbereichen müsse ein Thema sein. Und nicht zu vergessen: 75 Jahre ununterbrochener Friede in Westeuropa. Vielfach kämen – so Kreis – billige Klischees über «Brüssel» zum Zug, ohne dass sich die Kritiker_innen ernsthaft mit der EU, ihrer Geschichte und ihren aktuellen Herausforderungen auseinandersetzen würden. Der Nationalismus feiert zwar ein Comeback, doch das tagespolitische Geschehen – nicht zuletzt auch in Form der Covid-19-Pandemie – zeigt, dass der klassische Nationalstaat kaum noch ausschliessliche Referenzgrösse für die Zukunft sein kann.

Rebekka Wyler, Erstfeld

Markus Mirschel, **Bilderfronten. Die Visualisierung der sowjetischen Intervention in Afghanistan, 1979–1989**, Wien / Köln / Weimar: Böhlau, 2019 (Osteuropa in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5), 570 Seiten, 151 illustrations.

Ces dernières années, on assiste à un certain regain d'intérêt, dans l'historiographie de l'URSS, sur l'intervention de l'armée soviétique en Afghanistan (1979–1989). Face à l'impossibilité d'accéder aux archives étatiques qui sont encore largement fermées, les recherches qui portent sur ce thème mobilisent d'autres types de sources pour saisir ce conflit. Une large place est ainsi accordée à la question de la mémoire de la Guerre d'Afghanistan qui cherche une place à côté du récit omniprésent de la Seconde Guerre mondiale. Mais d'autres recherches portent également sur le conflit en lui-même, à travers l'analyse des expériences vécues par les vétérans, en mobilisant divers types de sources comme les ego-documents, la littérature, les chansons, entre autres. Dans cet ouvrage tiré de sa thèse, Markus Mirschel apporte, lui aussi, une pierre tout à fait cruciale et forcément originale à l'édifice de la recherche sur la Guerre d'Afghanistan du point de vue soviétique.

De manière générale, l'ouvrage se propose d'analyser les représentations photojournalistiques de l'intervention en Afghanistan dans la presse officielle soviétique pour saisir la position du pouvoir sur le conflit (p. 19), de comprendre les stratégies visuelles et les représentations des producteurs de médias qui agissent sous la direction de quatre secrétaires généraux qui se succèdent sur la période du conflit (p. 22), la manière dont ces images s'inscrivent ou non dans la tradition visuelle soviétique, le discours qu'elles produisent, ainsi que la question des interactions entre le *in war community* et le *out of war society* (p. 23). Avec beaucoup de pertinence, M. Mirschel a choisi deux publications quotidiennes, la *Pravda*, organe de presse du Comité central et journal le plus diffusé et consulté en URSS, et *Krasnaja Zvezda* (Étoile rouge), organe de presse du Ministère de la Défense et situe sa recherche à la croisée de l'histoire visuelle – et son concept d'«archéologie du regard» –, du discours médiatique, de la politique de sécurité et de l'histoire culturelle. L'analyse comporte, d'une part, un volet quantitatif: pour chaque publication sont comptabilisés non seulement le nombre de photographies publiées – bien sûr plus nombreuses dans *Krasnaja Zvezda*, mais qui montre tout de même que l'intervention en Afghanistan n'occupe pas une place prépondérante dans l'espace médiatique soviétique – mais également le nombre d'images par sujets (militaires et civils) avec une analyse sérielle iconographique.

Le volet qualitatif, d'autre part, – le plus intéressant et conséquent – est développée au sein du chapitre 7 et propose une analyse précise et détaillée de divers sujets (représentations des femmes soviétiques et afghanes, des apports soviétiques en Afghanistan, des soldats, des soins médicaux, etc.) où sont mobilisées non seulement les images publiées, mais également celles qui n'ont pas été choisies par les producteurs médiatiques. En reprenant la périodisation de Manfred Sapper qui correspond aux propres observations de l'auteur, M. Mirschel délimite quatre phases du conflit qui s'expriment par autant de modèles visuels au sein de la presse soviétique. La première, «le chemin vers l'intervention», s'étend de la Révolution d'Avril en 1978 qui voit l'arrivée des communistes au pouvoir au mois de décembre 1979. L'Afghanistan apparaît dans le monde visuel soviétique dans l'optique de soutenir la «révolution prolétarienne afghane», en particulier au moment du premier anniversaire de cette dernière. La deuxième phase, celle du «développement visuel», court de 1980 à 1983. Durant ces années est montrée une guerre sans violence où sont représentés tant l'aide «fraternelle internationaliste» – les fameuses

images des soldats plantant des arbres – d'où les ennemis sont absents, que l'aide à la formation offerte par les Soviétiques en mettant en scène un peuple afghan apprenant, ou encore le quotidien local, sans oublier la mise en image de la narration du héros militaire. La troisième phase, de 1984 à 1985, est marquée par une absence de stratégie visuelle. En 1984, le conflit afghan est peu présent dans les colonnes des deux quotidiens, si ce n'est pour représenter des sujets militaires, le travail médical des Soviétiques ou encore l'émancipation des femmes afghanes. Mais en 1985 commence à se développer le thème de l'«école afghane» pour les jeunes Soviétiques, discours à deux facettes qui permet d'une part d'exprimer de manière plus marquée les difficultés de la guerre – avec même la publication de photographies de cadavres – et d'autre part de mettre en scène la promotion sociale des jeunes soldats qui profitent de leur expérience afghane pour notamment accéder à des postes de travail inaccessibles pour eux sans cela. La quatrième et dernière phase qui s'étend de 1986 à 1989, période de mise en place des réformes gorbatchéviennes, est marquée par un ajustement visuel. Alors que les politiques soviétiques s'engagent dans les négociations de retrait des troupes, la Guerre d'Afghanistan prend une place plus large dans les médias, surtout dans le quotidien militaire – tandis que la *Pravda* se consacre principalement à mettre en avant les réformes de la Perestroïka et les politiques de glasnost'. En 1986, de nombreux thèmes sont mis en scène dans les médias: aides médicales, héros de la guerre, retrait des troupes, lieux de mémoire qui apparaissent déjà bien avant la fin du conflit, mais aussi exotisme, notamment par l'image de la femme afghane, présentée comme incarnation de la modernité. 1987 montre une rupture dans les représentations visuelles médiatiques, en particulier dans le journal *Krasnaja Zvezda*, où les photographies font le pont entre un «ici» et un «là-bas», en montrant enfin le travail des médecins militaires et la réhabilitation des soldats blessés, tout en mettant l'accent sur le rôle du sport dans les relations soviéto-afghanes ou encore la représentation des femmes afghanes comme «madones». Durant ces années, les médias présentent des hommages à la soldatesque, notamment en 1988. Cette année-là, la question de la perte d'intégrité physique des soldats blessés et le long chemin de leur réhabilitation fait l'objet de reportages, discours devenant une arme médiatique pour les militaires afin de se positionner en victimes de ce conflit. C'est également l'année où est mis sur le devant de la scène médiatique le général Boris Gromov, dernier commandant de la 40e Armée et dernier à passer le pont de l'Amitié Afghanistan-Ouzbékistan vers Termez, lui qui est construit comme le grand héros de cette guerre. La représentation du conflit en Afghanistan ne se termine pas le 15 février 1989 avec le départ des troupes, les médias continuent de communiquer sur l'après-retrait, en représentant les dirigeants afghans qui auraient la main sur la situation, mais aussi, en URSS, le travail de réhabilitation des soldats. Pour toute la décennie se laissent saisir, entre autres, une évolution de l'image du soldat, de «frère» volontaire pour accomplir son devoir internationaliste, dans une guerre qui cache son nom, à victime d'un conflit qui l'a laissé blessé voire brisé mais qui trouve les ressources pour s'en sortir. Dont mises à jour également les représentations des femmes qui restent conservatrices, malgré un vernis de discours émancipateur. Se dessine alors une «archéologie du regard» sur le conflit qui s'inscrit au sein d'une société soviétique qui se délite.

La lectrice francophone peut émettre certaines critiques, plutôt formelles, qui n'enlèvent en rien la grande qualité de cette recherche originale. Tout d'abord, on peut regretter une mise en bouche un peu longue, même si elle met à jour une grande érudition et peut souvent éveiller de l'intérêt. Par exemple, il n'aurait sans doute pas été nécessaire de

s'attarder si longuement sur la réflexion théorique, pour intéressante qu'elle soit. De même, refaire toute l'histoire de la photographie en Russie puis en Union soviétique n'apporte pas forcément un surplus de compréhension pour l'analyse des images, un simple topo sur l'utilisation des images dans la presse soviétique de la période aurait été largement suffisant. Ensuite, il aurait été agréable pour faciliter la lecture d'avoir directement sous la main, en annexe par exemple, différents tableaux synoptiques et autres significations des abréviations utilisées dans l'analyse, mais cela n'est qu'une question de forme. De même, un paragraphe de synthèse à la fin de chaque partie et une conclusion qui aurait repris les éléments importants auraient permis de se sentir un peu moins perdu dans la masse des nombreuses analyses ponctuelles très bien mises en œuvre. Si l'approche peut sembler au tout premier abord manquer un peu d'originalité historiographique, il faut noter que le champ de recherche est tout à fait lacunaire et que M. Mirschel a ici très bien mis en œuvre son approche visuelle qui nécessite une certaine assurance, les résultats ne pouvant pas être confrontés à d'autres recherches – ce que la quasi-absence de références de la partie empirique exprime à merveille. C'est ainsi que cet ouvrage peut devenir une nouvelle référence dans la compréhension de la Guerre d'Afghanistan du point de vue soviétique.

Magali Delaloye, Bâle